

DIE ALTERNATIVE



MEHR LUFT IN DER ARBEIT

DISKUSSION: DER STAAT ALS
RETTER? • PERSONALPOOLS FÜR
UNERWÜNSCHTE

Herausgegeben von



März/April 2009

Einzelheft: 1,50 Euro, Abonnement: 15 Euro

P.b.b., Verlagspostamt 1040

02Z031242 M, Kd.-Nr. 0021012558

März 2009: >
BetriebsrätInnen-
Grundschulung der
AUGE/UG



< März 2009:
KIV/UG-BetriebsrätInnen
des „Fonds Soziales Wien“
beginnen eine viertägige
Schulung beim Riesenrad

Presseaussendung zum Frauentag „Mehr Gerechtigkeit im Börsel!“

AUGE/UG fordert Einkommensschutz bei Teilzeitbeschäftigung und aktive Frauenförderung

Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro pro Stunde, ein Einkommensschutz bei Teilzeitbeschäftigung, Fairteilen von bezahlter Arbeit über Arbeitszeitverkürzung, sowie aktive Frauenförderung über öffentliche Auftragsvergabe sind die zentralen Forderungen der „Alternativen, Grünen und Unabhängigen GewerkschafterInnen“ (AUGE/UG) zum Frauentag.

„Jahr für Jahr das gleiche Bild: die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen geht weiter auseinander, der Frauenanteil an Teilzeitbeschäftigung steigt, Frauen in Spitzenpositionen sind mit der Lupe zu suchen. Und die Wirtschaftskrise droht die Lage der Frauen noch weiter zu verschärfen,“ verlangt Klaudia Paiha endlich Maßnahmen gegen wachsende Frauenerniedrigung und für mehr Geschlechtergerechtigkeit.

Längst überfällig sei ein gesetzlicher Mindestlohn: „Angesichts ständig wachsender prekärer Beschäftigungsverhältnisse und der Tatsache, dass gerade in Niedriglohnbranchen besonders viele

Frauen arbeiten braucht es endlich einen gesetzlichen Mindestlohn, der auch für atypisch Beschäftigte – wie freie DienstnehmerInnen – gilt,“ so Paiha. „Keine Vollzeitbeschäftigte soll weniger als 1500 Euro im Monat haben.“ Zusätzlich brauche es einen Einkommensschutz bei Teilzeitbeschäftigung: „In Dänemark gibt es Mindestarbeitszeitregelungen, damit Einkommen aus Teilzeit nicht ins Bodenlose fällt. Das gleiche wollen wir auch für Österreich, eine Mindestlohnregelung: kein Teilzeitverhältnis soll unter 680 Euro pro Monat fallen dürfen. Dieser Einkommensschutz ist dringend notwendig, um das weitere Auseinanderklaffen von Männer- und Fraueneinkommen – das vor allem darin begründet ist, dass der Frauenanteil unter den Teilzeitbeschäftigten mit 85 Prozent besonders hoch ist – zu begrenzen.“

Notwendig sei auch eine generelle Arbeitszeitverkürzung: „Es braucht die gerechtere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern – das wird es ohne Arbeitszeitverkürzung nicht spielen.“ In Dänemark etwa hatte die in den 1990er Jahren durchgeführte Arbeitszeitverkürzung auf 36 Wochenstunden zur Folge, dass Männer in der Woche tatsächlich kürzer, Frauen länger arbeiteten.

Notwendig seien allerdings entsprechend veränderte gesellschaftliche Rah-

menbedingungen: „Wie sich auch in Dänemark gezeigt hat, war ein wesentlicher Grund für die längere wöchentliche Frauenerbeitszeit, das gut ausgebaute Kinderbetreuungs- und Pflegesystem. Da besteht in Österreich nach wie vor dramatischer Handlungsbedarf.“ Paiha kritisiert in diesem Zusammenhang die Schwerpunktsetzung bei den Konjunkturprogrammen der Bundesregierung: „Jetzt müssten massiv Mittel in Kinderbetreuung und Pflege investiert werden – was nicht nur Jobs für Frauen schaffen würde, sondern vor allem auch Frauen die Möglichkeiten böte, einer existenzsichernden Arbeit nachgehen zu können: Vollzeit, oder Teilzeit deutlich über 20 Stunden. Da passiert allerdings nichts, das Halten und Schaffen von Frauenjobs steht offensichtlich nicht auf der Agenda dieser Bundesregierung, eine Zumutung.“ Dabei ließen sich gerade Konjunkturprogramme gut mit emanzipatorischen Aspekten verbinden: „Öffentliche Aufträge bzw. Stützungen sind nicht nur an hohe Sozial- und Umweltstandards zu knüpfen, sondern auch an betriebliche Frauenförderpläne. Die öffentliche Hand kann über diesem Weg endlich einen aktiven Beitrag zu mehr Geschlechter- und Chancengerechtigkeit in der Arbeitswelt leisten. Ständig nur über die wachsende Einkommensschere zu jammern ist jedenfalls zu wenig,“ schließt Paiha.

DIE ALTERNATIVE

IM MÄRZ/APRIL

GEWERKSCHAFT & BETRIEB

AUGE/UG: Programmteil 3 zur AK-Wahl	Seite 4
Steuerreform: Job-Pleite	Seite 7
Demokratie im Betrieb	Seite 10
Post, Telekom: Personalpools für Unerwünschte	Seite 12
Wahlerfolge für ÜBL/UG und KIV	Seite 14
Kindergärten: Offener Brief an Bürgermeister	Seite 15

DISKUSSION

Attac: Kapitalismus am Ende?	Seite 18
AUGE/UG: „Der Staat als Retter“	Seite 21
Solidarisch Wirtschaften ist möglich	Seite 22
ÖGB & Reform: Sind wir fertig?	Seite 23

STATISTIK

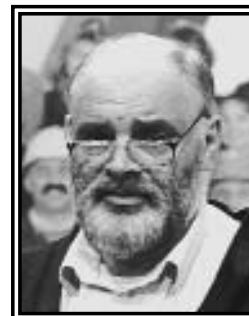
Österreich : Inflationsrate, Arbeitslosenquote	Seite 24
--	----------

MAGAZIN

30 Jahre Südwind	Seite 25
Veruntreuung: Alles bestens in der Republik?	Seite 26
Streikgeschichte: Alle Räder stehen still	Seite 28
LehrerInnen: Offener Brief, ÖLI/UG-Fragen	Seite 30

SPEZIAL
MUCH

.	Seite 16
-----------	----------



EDITORIAL
von Alfred Bastecky

„ROT UND REALISTISCH“

In diesem Heft haben wir das seltene Vergnügen, einen Bericht unserer Frau im ÖGB-Vorstand, Lisa Langbein, zu lesen. Dort erfahren wir, was wir heimlich ohnedies schon vermutet hatten: Große Teile der angesagten ÖGB-Reformen sind abgesagt oder langfristig vertagt. Mutig entschieden hat der neue ÖGB-Präsident, Erich Foglar (realistisch & pragmatisch). Nicht, weil er diese Reformprojekte nicht will, sondern weil sie gegenwärtig nicht machbar und umsetzbar sind. Gegen den Wind (der Einzelgewerkschaften) kann man nicht Klavier spielen ...

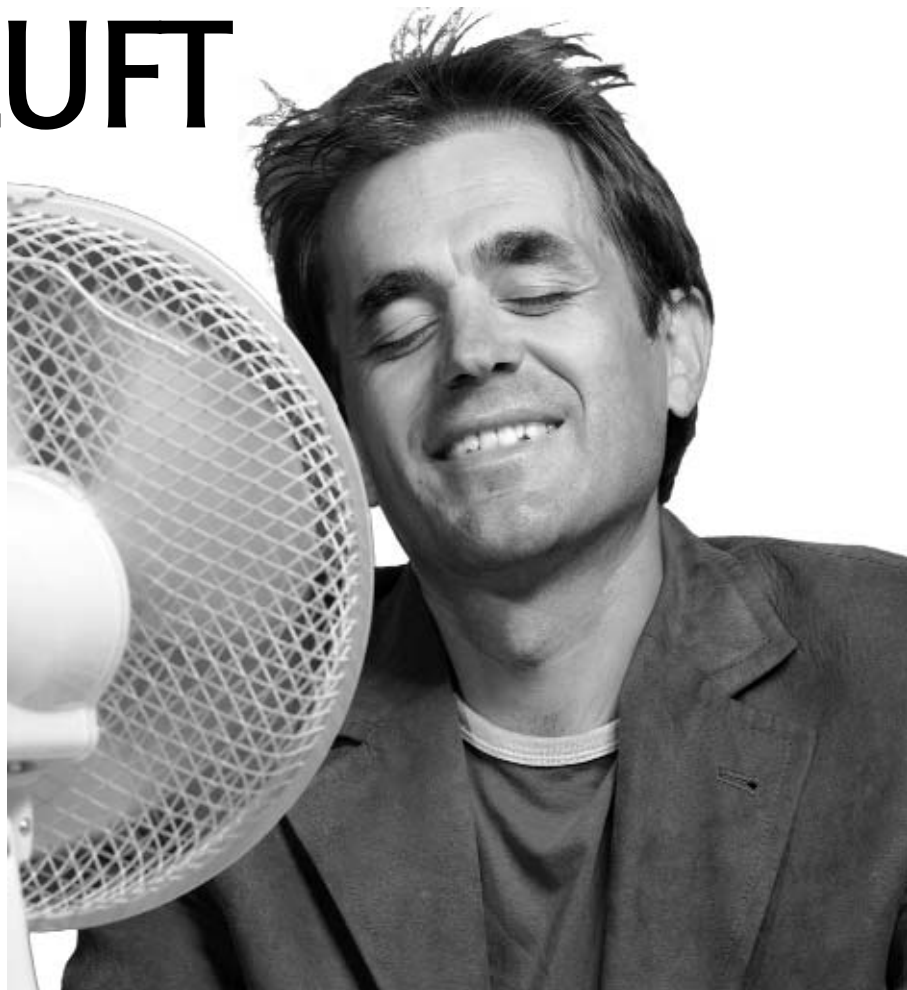
Realitätssinn bewies auch der Wiener Bürgermeister Häupl. Seine „Weinidee“ des Gratiskindergartens in Wien fand so weitgehend undiskutiert Eingang in die Pressekonferenz nach der jährlichen Klubklausur der SP in Rust. Das war sogar der Ressortstadträtin Laska zu viel Realität. Sie warf das Hangerl und gestand in ihrer Abschiedsrede vor dem Gemeinderat erstmals ein, dass es erhebliche Personalprobleme in den Wiener Kindergärten gibt. Realistischerweise landete die Antwort auf einen offenen Brief der MA 10-Personalvertreterin Martina Petzl statt bei der Schreiberin auf dem Schreibtisch der FSG-Vorsitzenden.

Richtig. Das sind doch Kinkerlitzchen angesichts der großen Krise. Was empfehlen hier die Realisten in der Gewerkschaft: „Wählen wir die Krise ab!“ Wann: Bei den kommenden AK- und Europawahlen. Wie? Das wurde leider noch nicht verraten ...

IMPRESSUM Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) **Herausgeber:** Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB) **Redaktion, Satz & Layout:** Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Klaudia Paiha, Franz Sklenar (Layout) **Alle:** 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: (01) 505 19 52-22, E-Mail: auge@ug-oegb.at (Abonnements), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: BAWAG Kto. Nr. 00110228775 **Die „Alternative“** ist Mitglied der VAZ – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften; Kontakt: <http://vaz.mediaweb.at>. **Dass namentlich gezeichnete Beiträge** nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702.

Darum geht's:

MEHR LUFT IN DER ARBEIT



Das Wahlprogramm der AUGÉ/UG
zur Arbeiterkammer-Wahl 2009 (Teil 3)

In der „schönen, neuen Arbeitswelt“ geht den ArbeitnehmerInnen regelrecht die Luft aus. Bei den Beschäftigten wächst das Ohnmachtsgefühl und damit die Wut: Da wird munter ausgegliedert, umstrukturiert, rationalisiert, werden Zielvorgaben erhöht, jagt ein Kostensenkungsprogramm das andere, wird verlagert, zugesperrt. Das Tempo, der Druck, die Arbeitsbelastung steigen enorm, Überstunden ohne Ende werden geschoben. Wertschätzung für die Arbeit? Oder gar Mitbestimmung am Arbeitsplatz? Was ist das? Wesentliche betriebliche Entscheidungen werden über die Köpfe der unmittelbar Betroffenen, der ArbeitnehmerInnen, hinweg entschieden. Wichtig ist, dass die Zahlen stimmen. Die Gewinnzahlen, wohl gemerkt. Wen wundert's da wirklich, dass Stress Berufskrankheit Nummer eins ist, wenn wundert's, dass Burn-out zunimmt, dass die Motivation sinkt, viele Beschäftigte längst „innerlich gekündigt“ haben.

Wo die Arbeitswelt beginnt, endet die Demokratie. Das erleben zumindest die meisten ArbeitnehmerInnen so. Über vierzig Jahre ihres Lebens, acht Stunden täglich verbringen die ArbeitnehmerInnen in der weitestgehend demokratiefreien Zone Betrieb. Aufmucken, Aufbegehren, ja selbst das schlichte Infragestellen von zweifelhaften Managerentscheidungen kann zum Verlust des Arbeitsplatzes und damit zu einer Gefährdung der eigenen wirtschaftlichen Existenz führen. Der Frust, an derartigen Verhältnissen und Ungerechtigkeiten in der Arbeitswelt „eh nichts ändern zu können“, äußert sich dann nicht selten in Form von allgemeiner Politikverdrossenheit, Fremdenfeindlichkeit, einer vorurteilsbeladenen Sozialschmarotzerdebatte oder einer diffusen Proteststimmung „gegen die da oben“. Das ist ein fruchtbarer Nährboden für Rechtspopulisten und -extremisten aller Art, die Feinde der Demokratie.

Eine demokratische Institution im Betrieb gibt es allerdings: den Betriebsrat, von den Beschäftigten eines Betriebs demokratisch gewählt. Der Betriebsrat ist die betriebliche Interessensvertretung der Beschäftigten im Betrieb, um Missstände zu beheben, rechtsverbindliche Vereinbarungen zu Arbeitszeiten und Arbeitsorganisation zu vereinbaren und Rechte einzelner ArbeitnehmerInnen durchzusetzen. Mit einem Betriebsrat kann jedenfalls ein deutlich stärkeres Lüfterl an Demokratie und Mitbestimmung in die Unternehmen einziehen. Doch seine Informations-, Mitgestaltungs- und Interventionsrechte entsprechen nur noch bedingt den Anforderungen der neuen, globalisierten Wirtschaftswelt. In vielen Bereichen bleiben betriebsrätliche Mitbestimmungsrechte wirkungslos und sind auf Konsultation bzw. Beratung beschränkt. Und, was in letzter Zeit wieder zugenommen hat: Immer wieder versuchen UnternehmerInnen, Betriebsratswahlen zu verhindern, oder werden BetriebsrätInnen an der Ausübung ihrer gesetzlich festgelegten Rechte behindert – bis hin zur gesetzeswidrigen Kündigung von BetriebsrätInnen.

ArbeitnehmerInnen wollen faire Arbeitsverhältnisse, ordentliche Einkommen, Wertschätzung und ein funktionierendes Arbeitsklima, wollen ihren Arbeitsplatz mitgestalten und mitbestimmen, wollen menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Denn Arbeit ist nun mal keine Ware wie jede andere – hinter Arbeit steht ein Mensch mit all seinen Bedürfnissen.

Die Arbeitswelt darf nicht länger demokratiefreie Zone bleiben. Wir wollen einen Arbeitsklimawandel. Wir wollen die Unternehmen mit Demokratie durchlüften. Wir wollen die demokratische Institution Betriebsrat stärken. Wir wollen demokratische Teilhabe und Mitbestimmung auch für jede einzelne ArbeitnehmerIn fest in den Betrieben verankern. Denn das Leben darf nicht am Arbeitsplatz enden. Und Demokratie erst recht nicht.

WIR KÄMPFEN DAFÜR:

Mehr Mitsprache bei Arbeitsorganisation, Arbeitsabläufen, Strukturen

- Wir wollen faire Arbeitsverträge: Diese sind prinzipiell in schriftlicher Form auszufertigen. Mit intransparenten All-inclusive-Verträgen muss Schluss sein. Das Grundgehalt bei Normalarbeitszeit muss klar beziffert werden, es braucht eindeutige Überstundenregelungen, die tatsächlich Gesetz und Kollektivverträgen entsprechen. Unfaire Konkurrenzklauseln gehören beseitigt, es darf keine pauschalen Klauseln zu Rückforderung von Ausbildungskosten geben. Bei allen relevanten Änderungen des Arbeitsvertrags soll ein Rechtsanspruch auf eine Erörterung unter Beiziehung einer VertreterIn der betrieblichen, freiwilligen oder gesetzlichen Interessensvertretung bestehen.
- Wir wollen ein Recht auf Information, freie Meinungsäußerung und Stellungnahme zu betrieblichen Bedingungen wie Arbeitsorganisation, Arbeitsabläufen und Arbeitsplatzgestaltung. Die Wahrnehmung dieser demokratischen Grundrechte darf dabei nicht disziplinarisch belangt werden und keine negativen Folgen nach sich ziehen. So soll bei kritischer, freier Meinungsäußerung ein befristeter Kündigungsschutz – etwa über eine „Abkühlphase“ von drei Monaten hinweg – gelten.
- ArbeitnehmerInnen soll das arbeitsverfassungsmäßig garantierte Recht eingeräumt werden, wesentliche Entscheidungen, die ihren Arbeitsplatz beziehungsweise ihre Tätigkeit betreffen, mit ihren Vorgesetzten und auch auf nächsthöherer Ebene erörtern zu können.
- ArbeitnehmerInnen müssen Mitwirkungs- und Informationsrechte bei Umweltfragen am Arbeitsplatz bekommen: Über Umweltgefährdung im Arbeitsumfeld sollen ArbeitnehmerInnen ab dem Augenblick, wo diese festgestellt und beurteilt werden, informiert werden. Das Recht auf Information in Umweltfragen soll auch die vollständige Unterrichtung über Emissionen am Arbeitsplatz, über die Auswahl zur Verfügung stehender Technologien und zu Vorhaben zur Energieeinsparung bzw. Energienutzung umfassen.
- Das Mitbestimmungsrecht „Soziales Audit“ soll stärker in Unternehmen verankert werden. Dieses hat das Ziel, betriebliche Veränderungsprozesse aus Sicht der ArbeitnehmerInnen zu begleiten und die Qualität der Arbeitsbedingungen unter neuen Verhältnissen abzusichern.
- Betriebsversammlungen sollen als demokratisches Mitbestimmungsorgan aufgewertet werden (Informations- und

Bitte umblättern

Anhörungs-pflicht im Zusammenhang mit Betriebsvereinbarungen, Betriebsumgründungen, etc.).

- Die Verpflichtung zu regelmäßigen MitarbeiterInnen- und Zielvereinbarungsgesprächen soll in den Katalog erzwingbarer Betriebsvereinbarungen aufgenommen werden (für Betriebe ohne Betriebsrat sind entsprechende gesetzliche Regelungen zu treffen).
- Das Weisungsrecht von ArbeitgeberInnen gegenüber ArbeitnehmerInnen soll hinsichtlich einer Interessensabwägung zwischen der Gewissensfreiheit der ArbeitnehmerIn und den Vorgaben der ArbeitgeberIn beschränkt werden.
- Ein Recht auf Ablehnung gefährlicher bzw. Umwelt schädigender Arbeiten soll gesetzlich verankert werden: Eine ArbeitnehmerIn darf nicht disziplinarisch belangt werden, wenn sie es ablehnt, Arbeiten auszuführen, von denen sie ehrlicher Weise glaubt, dass sie eine ernsthafte Bedrohung für Gesundheit und/oder Umwelt darstellen.
- Schutz für HinweisgeberInnen: ArbeitnehmerInnen, die betriebliche Produktionsprozesse öffentlich machen, weil sie eine Gefahr für die Umwelt und/oder Gesundheit darstellen, dürfen nicht disziplinarisch belangt bzw. zur Verantwortung gezogen werden.
- Kündigungsanfechtungen sollen auch in Betrieben mit weniger als fünf ArbeitnehmerInnen möglich sein.

Mehr Rechte für BetriebsrätInnen bei Ausgliederungen, Verlagerungen, Investitionen

- Wir wollen ein gesetzlich verankertes Vetorecht für BetriebsrätInnen bei ArbeitgeberInnenmaßnahmen, zu denen es kein Einvernehmen gibt (zum Beispiel bei Ausgliederungen, Betriebsverlagerungen, Umstrukturierungen, Betriebsübernahmen): So soll etwa über ein „befristetes Veto“ eine echte Verhandlungsphase zwi-

schen Belegschaftsvertretung und Unternehmensleitung, zum Beispiel zur Erstellung von Alternativplänen unter Hinzuziehung von ExpertInnen, erzwungen werden können.

- Der Betriebsrat soll stärkere Mitbestimmungsrechte bei wesentlichen, die ArbeitnehmerInnen betreffenden Angelegenheiten wie Investitionen, Verwendung von Gewinnen, Inhalt von und Zugang zu innerbetrieblichen Qualifikationsprogrammen bekommen: Im Arbeitsverfassungsrecht ist zu verankern, dass Unternehmensziele für das nächste Geschäftsjahr zwingend mit dem Betriebsrat zu beraten sind.
- Entsprechend soll der Katalog zustimmungspflichtiger bzw. erzwingbarer Maßnahmen erweitert werden: etwa Betriebsvereinbarungen zum verpflichtenden Mitbestimmungsinstrument „Soziales Audit“, oder Frauenfördermaßnahmen als erzwingbare Betriebsvereinbarung.
- Überstundenleistungen, Überstundenanordnungen sowie Gleitzeitguthaben sollen auch durch den Betriebsrat kontrolliert werden können, verbunden mit einem Sanktionsmechanismus, um Missbrauch zu verhindern.
- Es braucht neue Vertretungsstrukturen für ArbeitnehmerInnen: ArbeitnehmerInnen sollen auch dann eine Vertretung wählen können, wenn sie arbeitsrechtlich in verschiedenen Unternehmen arbeiten, ein gemeinsames Interesse allerdings gegeben ist (zum Beispiel Standortbetriebsräte in Einkaufszentren).
- Informations- und Mitwirkungsrechte der Europäischen Betriebsräte (EBR) müssen gestärkt werden (eigenes Vorschlagsrecht von EBR im Rahmen eines Anhörungsverfahrens vor endgültiger Entscheidungsfindung, mehr und verbindlichere Rechte für EBR bei der Unterrichtung und Anhörung durch Unternehmen rechtzeitig vor Beschlussfassung, Klagsrecht und wirksame Sanktionsmög-

lichkeiten für EBR bei Verstößen von Pflichten der Unternehmen gegenüber EBR usw.).

- Betriebsrätliche Kontrollrechte auf Einhaltung von Rechtsvorschriften sollen auch auf Sub- und Leihfirmen (zum Beispiel Einsichtsrechte in Lohnunterlagen, Arbeitszeitaufzeichnungen, Entsendungsverträge) ausgeweitet werden.
- Atypisch Beschäftigte müssen in das System betrieblicher und überbetrieblicher Interessensvertretung – also Arbeiterkammer, Kollektivverträge, Betriebsräte, Personalvertretung – voll einbezogen werden.

Recht auf berufliche Auszeiten und auf Teilzeit

- Die Möglichkeit für ArbeitnehmerInnen, die Arbeitszeit nach ihren persönlichen Bedürfnissen zu gestalten, muss verbessert werden (zum Beispiel aufgrund von Kinderbetreuungspflichten, als Vorbeugung gegen Burn-out, weil eine Bildungsmaßnahme in Anspruch genommen wird), zum Beispiel durch ein individuelles Recht auf „qualifizierte“ Teilzeit mit einem Rückkehrrecht zu Vollzeit.
- Wir wollen umgekehrt ein Recht für TeilzeitarbeiterInnen auf Stundenaufstockung, wenn über einen längeren Zeitraum hinweg regelmäßig Mehrstunden geleistet werden müssen.
- Wir wollen einen Rechtsanspruch auf berufliche Auszeiten (Sabbatical, Bildungskarenz etc.) bei Bezug eines fiktiven Arbeitslosengeldes, mindestens Grundsicherung.
- Wir wollen einen Rechtsanspruch auf eine Woche bezahlte Bildungsfreistellung im Jahr. Der Kündigungsschutz nach Inanspruchnahme einer Karenz muss verbessert werden (mindestens ein halbes Jahr, jedenfalls so lange, bis ein neuer Arbeitslosengeldanspruch entsteht).

Sechs Wochen Urlaub für alle

- Nicht zuletzt aufgrund des steigenden Arbeitsdrucks und damit verbundener „Berufskrankheiten“ wie Burn-out, Depressionen und Stress ist es höchst an der Zeit, eine sechste Urlaubswoche einzuführen, wie sie in vielen europäischen Ländern längst Realität ist. Das Recht auf eine sechste Urlaubswoche soll nicht Frage des Alters bzw. der Dauer der Betriebszugehörigkeit sein, sondern für alle ArbeitnehmerInnen gelten – egal ob alt oder jung. ■

AK-Wahlen Tirol: AUGÉ/UG verteidigt Platz 3

Von 2. bis 13. März fanden die Arbeiterkammerwahlen statt.

Die unter der Bezeichnung „Grüne in der AK – Unabhängige GewerkschafterInnen“ kandidierende Tiroler Liste der AUGÉ/UG konnte ihr Wahlergebnis von der AK-Wahl 2004 (6,9 Prozent) halten: Mit 6,8 Prozent der Stimmen stellt die AUGÉ/UG auch in der nächsten AK-Vollversammlung 5 Mandate und belegt damit einmal mehr vor den

Freiheitlichen (5,9 Prozent, +2 Mandate) den dritten Platz.

Die „Präsidentenfraktion“ FCG-ÖAAB unter Erwin Zangerl erreichte 63 Prozent der Stimmen (+2). Deutliche Verluste musste die sozialdemokratische FSG hinnehmen: sie verlor 4,5 Prozent der Stimmen (-3) und liegt knapp unter 20 Prozent. Die Liste Soli Tirol verlor ein Mandat, die restlichen Gruppen verpassten den Einzug.

Die rot-schwarze Steuerreform – als wesentlicher Kern österreichischer Konjunkturpakete
– von Rot und Schwarz und ihren gewerkschaftlichen Ablegern FSG und
FCG gefeiert – entpuppt sich in zweierlei Hinsicht als Bauchfleck. *Von Markus Koza.*

JOB-PLEITE

Einerseits, weil sie nur einen beschämend geringen Beitrag zur Ankerbelegung von Konjunktur und Beschäftigung leistet. Andererseits, weil einmal mehr die einkommensstärksten Gruppen besonders von dieser Steuerreform profitieren.

In Summe beträgt die rot-schwarze Steuerreform (inklusive Familienpaket ein Volumen von knapp 3,2 Milliarden Euro) rund 1,1 Prozent des geschätzten Bruttoinlandsproduktes (zirka 284 Milliarden Euro) für 2008. Rund 2,3 Milliarden Euro der Steuerreform entfallen dabei auf die Tarifreform, ungefähr 510 Millionen Euro auf ein Maßnahmenpaket für Familien, 300 Millionen Euro auf Erleichterungen für Selbständige, 100 Millionen Euro auf Spendenabsetzbarkeit und 30 Millionen auf die höhere Absetzbarkeit der Kirchensteuer. Begrüßenswert: das Ende der steuerlichen Begünstigung von Stock-Options und zumindest ansatzweise die Entlastung mittlerer Einkommen. Das war's dann allerdings auch schon mit dem Begrüßenswerten.

WAS IST EIN MULTIPLIKATOR?

Von der Steuerreform erwarten sich SPÖ und ÖVP einen wesentlichen Impuls zur Überwindung der Wirtschafts-

krise: Über eine Reform – sprich Senkung – der Steuertarife soll der Bürgern mehr Geld im Börsel bleiben und dadurch die Nachfrage angekurbelt werden. Und eine höhere Nachfrage bewirkt mehr Beschäftigung. Nur: hält die Reform, was sie vorgibt zu versprechen? Nun ist die Wirkung von Steuersenkungen hinsichtlich einer Konjunkturbelebung tatsächlich umstritten. Vor allem inwieweit das Ergebnis den Mitteleinsatz rechtfertigt. Der WIFO-Ökonom Stefan Schulmeister hat zum Beispiel stets einer massiven Ausweitung öffentlicher Investitionen – etwa in Bildung, Pflege, Klimaschutz – den Vorzug gegenüber Steuersenkungen gegeben.

Vor allem wird einer Steuersenkung eine verhältnismäßig geringe „Multiplikatorwirkung“ unterstellt. Der „Multiplikator“ misst, inwieweit die Veränderung einer volkswirtschaftlichen Variablen (zum Beispiel die Erhöhung einer Staatsausgabe oder eben eine Steuersenkung) Auswirkungen auf andere volkswirtschaftliche Variable (zum Beispiel auf das Wachstum oder die Beschäftigung) hat. Ein Multiplikator von „2“ besagt etwa, dass Staatsausgaben in Höhe von einer Milliarde Euro zu einem zusätzlichen Wirtschaftswachstum von 2 Milliarden Euro führen.

So entfachen 10.000 neu geschaffene Jobs und damit 10.000 zusätzliche Einkommen – etwa durch eine Beschäftigungsoffensive im öffentlichen Dienst – einen ziemlich hohen Multiplikator, weil dieses „Einkommen“ unmittelbar zu einem großen Teil in den Konsum fließt, Nachfrage und damit Beschäftigung erzeugt, was wiederum zu Einkommen, zu einer höheren Nachfrage und damit zu Beschäftigung führt usw. Darüberhinaus finanziert sich eine derartige Ausgabe über zu-

sätzliche Lohn- und Umsatzsteuern zu einem guten Teil von selbst. Einen hohen Multiplikator entfachen etwa auch höhere Sozialtransfers an einkommensschwache Gruppen (zum Beispiel ein höheres Arbeitslosengeld, eine höhere „Negativsteuer“, eine Art Steuergutschrift an Personen, die aufgrund ihres niedrigen Einkommens keine Lohnsteuer zahlen), weil der Multiplikator umso höher wird, je geringer die Sparneigung ist: einkommensschwache Gruppen werden eher jeden zusätzlich erhaltenen Euro ausgeben als Wohlhabende, weil einkommensschwache Haushalte ohnehin große Probleme haben, ihren Alltag finanziell einigermaßen bewältigen zu können. Nachfrage, die jedenfalls beschäftigungswirksam wirkt und einen besonders hohen Selbstfinanzierungsgrad – geschätzte 35 Prozent! – hat. Das heißt grob gesprochen: Von einem zusätzlich ausgegebenen Euro fließen 35 Cent unmittelbar wieder in den Staatssäckel zurück.

JOBPLEITE STEUERREFORM

Wie verhält es sich nun mit dieser Steuerreform? Der „Multiplikatoreffekt“, insbesondere der Beschäftigungseffekt, ist beschämend gering. SPÖ-Staatssekretär Schieder feiert ihn dennoch: die Steuerreform im Umfang von rund 1,1 Prozent des BIP soll für das Jahr 2010 einen positiven BIP-Effekt (also Wachstum) von 0,7 Prozent und 13.000 neuen Arbeitsplätzen bringen. Da bleibt eine Lücke von rund 0,4 Prozent! Es werden also mehr Mittel ausgegeben als Wachstumseffekt erzielt wird! Womit Schulmeisters Skepsis voll bestätigt ist.

Bitte umblättern



MARKUS KOZA
IST UG-VERTRETER IM
ÖGB-BUNDES-VORSTAND
UND MITARBEITER DER
AUGE/UG IN WIEN.



„DIE REICHEN WERDEN ERFREUT SEIN“

Das ist auch nicht weiter verwunderlich: Je niedriger das Einkommen, desto höher die Konsumneigung. Eine Entlastung unterer und mittlerer Einkommen – jener Einkommen mit einer höheren Konsumneigung – wirkt also konsumbelebend. Nur: ein großer Teil der Steuerreform fließt gar nicht in die Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen. Im Gegenteil: die SpitzenverdienerInnen, jene Gruppe, die jeden zusätzlichen Euro eher spart als ausgibt, profitiert überproportional.

- Hohe Einkommen profitieren sowohl vom niedrigeren Einstiegssteuersatz (von 38,33 auf 36,5 Prozent) als auch vom niedrigeren mittleren Steuersatz (43,6 auf 43,21 Prozent) sowie vom Schieben der Bemessungsgrundlage, ab der eine Steuerpflicht entsteht (von 10.000 auf 11.945 Euro).

*3 Milliarden Euro
Steuerreform
mit 3000
neuen Jobs oder ...*

kommen auf Grund der Höhe ihres Einkommens gar nicht in die Verlegenheit, den mittleren Steuersatz (ab einer steuerlichen Bemessungsgrundlage von 25.000 Euro jährlich) zahlen zu müssen.

- SpitzeneinkommensbezieherInnen profitieren vom Schieben der Bemessungsgrundlage für den Spitzensteuersatz von 51.000 auf 60.000 Euro noch einmal zusätzlich. Allein das Schieben bringt jenem einem Prozent aller Lohnsteuerpflichtigen, die ein Bruttojahreseinkommen von 70.000 Euro haben, rund 115 Millionen Euro – also rund 5 Prozent der Tarifreform.

- Insgesamt profitieren die „reichsten“ lohnsteuerpflichtigen EinkommensbezieherInnen gewaltig: die „obersten“ acht Prozent der Lohnsteuerpflichtigen (Einkommen über 40.000 Euro brutto jährlich) bekommen rund 21 Prozent des gesamten Entlastungsvolumens aus der Steuertarifreform. Die obersten drei Prozent alleine immer noch elf Prozent. In absoluten Zahlen: die reichsten acht Prozent müssen um 440 Millionen Euro weniger Steuern zahlen. Sie haben mehr Geld – zum Sparen. (Statistik Austria, Entlastung durch die geplante Tarifreform nach Stufen des Bruttobezugs).

AM UNTEREN ENDE DER EINKOMMENSHIERARCHIE

- Im Jahr 2006 verdienen rund 986.000 ArbeitnehmerInnen weniger als 10.000 Euro pro Jahr, rund 25 Prozent aller unselbstständig Beschäftigten. Sie haben von dieser Steuerreform nichts. Keine Erhöhung der Negativsteuer, also keine Steuergutschrift. Ja, nicht einmal vom vielgepriesenen Familienpaket profitieren sie, sind doch Kinderbetreuungskosten nur steuerlich absetzbar, wenn überhaupt Steuern gezahlt werden. Lediglich von den höheren Kinderabsetzbeträgen profitieren sie: statt bisher 50,90 Euro monatlich, die mit der Familienbeihilfe ausbezahlt werden, gibt es nun 58,40 Euro.

Dabei wäre – selbst eine deutliche – Ausweitung der Negativsteuer verhältnismäßig billig. Würde etwa die Negativsteuer von bisher 110 Euro im Jahr auf 600 Euro jährlich ausgeweitet, eine automatische ArbeitnehmerInnenveranlagung durchgeführt (das heißt jede, die tatsächlich Anspruch auf eine Negativsteuer hat, bekommt diese auch ausbezahlt), würden sich die Kosten nach Berechnungen auf rund 640 Millionen Euro belaufen. Bei

einem geschätzten Selbstfinanzierungsgrad von 35 Prozent würden sich die Kosten also auf rund 416 Millionen Euro belaufen.

Würde gleichzeitig auf das Schieben von 51.000 auf 60.000 verzichtet, würde der Einkommenssteuersatz ab einem Einkommen von 140.000 Euro im Jahr auf 55 Prozent – garantiert sozial treffsicher – erhöht, brächten diese Maßnahmen in Summe rund 230 Millionen Euro. Als eine Form der „Gegenfinanzierung“. Blieben also nur noch rund 170 Millionen Euro zu finanzieren – mit einer allerdings ungleich höheren Multiplikatorwirkung, verbunden mit einer besseren finanziellen und existenziellen Absicherung einkommensschwacher Gruppen.

FAZIT

Eine steuerliche Entlastung unterer und mittlerer Einkommen wäre aus konjunkturpolitischen Gründen, aber auch aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit tatsächlich geboten. Eine steuerliche Entlastung einkommensstarker Gruppen ist dagegen ein Steuergeschenk, dass die verteilungspolitische Schieflage noch weiter verstärkt



Dienstleister, egal ob öffentlich oder privat – ob in der Behinderten-, der Jugend-, der Sozial- oder Pflegearbeit – an notorischen Finanzierungsproblemen. Die Förder- bzw. Subventionsgeber stehlen sich zunehmend aus der Finanzierung und Sicherstellung sozialer Leistungen. Soziale Arbeit ist geprägt von Burn Out, hoher Fluktuation, Arbeitsüberlastung, schwierigen Arbeitsbedingungen und schlechter Bezahlung. Diese Entwicklung droht sich zu verschärfen und prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse noch zu befördern.

Mensch stelle sich vor: Eine Milliarde Euro würde in soziale Dienstleistungen investiert. Davon die Hälfte die Infrastrukturmaßnahmen, die Hälfte in Personal. Mensch stelle sich weiters vor, ein Arbeitsplatz beliefe sich inklusive „Lohnnebenkosten“ und Arbeitgeberanteile auf rund 40.000 Euro im Jahr (ohnein hoch angelegt). Die Folge: 12.500 neue Beschäftigungsverhältnisse alleine im Sozialbereich (Beschäftigungseffekte durch Infrastrukturmaßnahmen

... eine Milliarde
Euro und über
12.000 Jobs

und damit eine Ursache der Krise – nämlich die Ungleichverteilung von Einkommen – nicht behebt, sondern noch befördert. Konjunktur- bzw. beschäftigungspolitisch hat die Entlastung – wenn überhaupt – nur geringe Auswirkungen. Prinzipiell befördert eine Steuerentlastung in Krisenzeiten eher „Angstsparen“ als Nachfrage. Allerdings sicherlich nicht bei NiedrigsteinkommensbezieherInnen, da diese schlichtweg nicht das finanzielle Potential zum Sparen haben.

Verschärfend kommt hinzu, dass eine Steuerreform ohne Gegenfinanzierung – etwa über vermögensbezogene Steuern, eine höhere Besteuerung von Spitzeneinkommen oder über eine Ökologisierung des Steuersystems zwangsläufig Löcher in Budgets reißt. Bemerkbar macht sich das bereits jetzt – Sparmaßnahmen bei den im öffentlichen Dienst Beschäftigten, bei LehrerInnen, in der Justiz. Öffentliche Stellen werden kaum mehr nach besetzt. Der Sparkurs soll auch bei den Ermessensausgaben der Ministerien herrschen, Mittel aus denen vielfach Vereine und Initiativen finanziert werden. Löcher in Budgets wirken sich natürlich auch im sozialen Bereich aus. Bereits jetzt leiden soziale

men nicht mit eingerechnet, ebenso wenig die Beschäftigungsmultiplikatorwirkung, die aus Konsum der neu Beschäftigten entsteht). Nochmals zum Vergleich: hier über 3 Milliarden Euro Steuerreform mit 13.000 neuen Jobs. Hier eine Milliarde Euro und über 12.000 Jobs. Jobs, die angesichts enormer sozialer Herausforderungen – ob im Bereich der Jugendarbeit, der Schulsozialarbeit, der Kinderbetreuung, der Pflege – ein Gebot der Stunde wären und die angespannte soziale Lage – in Schulen, auf der Straße, in der Pflege etc. – zumindest etwas entschärfen würde. So weit reicht offensichtlich die Vorstellungskraft in so manchem Politikergehirn nicht. Da stecken eher als Ökoboni getarnte „Verschrottungsprämien“ drin. Oder als Job-Motor verkaufte Steuergeschenke an die Reichsten. Nichts aus der Krise gelernt. Business as usual. Kein Aufschrei von Arbeiterkammer und ÖGB. Ach ja. Arbeiterkammerwahlen sind. Eigentlich eine günstige Gelegenheit roten und schwarzen GewerkschafterInnen dafür einen ordentliche Denktzettel zu verpassen ...

ug-oegb.at

auge.or.at

kiv.at

ugoad.at

ug-vida.at

we4you-ug.at

Die Chefs wählen, über Gewinnverwendung entscheiden,
Produkte und ihre Herstellung bestimmen – ja, wo gibt's denn das? Es gibt's –
und es funktioniert! *Von Klaudia Paiha.*

DEMOKRATIE IM BETRIEB

Schon mal überlegt: Es ist selbstverständlich – glücklicherweise –, dass wir wählen können, wer unsere Gesetze macht, die Spielregeln formuliert, nach welchen unser Gemeinschaftsleben funktioniert; dass wir jene, die das tun, auch laut kritisieren dürfen; dass wir uns zusammenrotten und protestieren können, wenn uns etwas nicht passt. Demokratie heisst eben, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen (Max Frisch).

Und ebenso selbstverständlich ist es, dass wir all das nicht mehr machen können, sobald wir den Arbeitsplatz betreten: wir sind weisungsgebunden, fremdbestimmt, sind persönlich und wirtschaftliche abhängig von den Eigentümern bzw. ihren VertreterInnen.

I HAVE A DREAM ...

Dabei bleibt das nicht ohne Folgen für unser aller Zusammenleben: Ein Forschungsprojekt der Universität Innsbruck¹⁾ zeigt, dass die Menschen im Alltag umso solidarischer, sozialer und ethischer handeln und sich umso stärker demokratisch und gesellschaftlich

engagieren, je demokratischer die Organisationsstruktur des Betriebes ist, in welchem sie arbeiten. Und umgekehrt. Grund genug, sich für eine Demokratisierung der Arbeitswelt stark zu machen.

Die Vision ist eine Umkehrung der herrschenden Verhältnisse: wenn derzeit in einem herkömmlichen Unternehmen die Geschäftsführung Anweisungen und Zielvorgaben an die Beschäftigten erteilt und von diesen lediglich Informationen über das betriebliche Geschehen entgegen nimmt, um umso genauere Anweisungen und Zielvorgaben formulieren zu können, so sieht das in einem demokratischen Unternehmen anders aus: die Beschäftigten formulieren auf Grundlage der Informationen, die sie vom (gewählten) Management bekommen, nach welchen Anweisungen und mit welchen Zielvorgaben die Geschäfte zu führen sind. Die Arbeitenden könnten an Entscheidungen auf drei Ebenen beteiligt sein:

- Strategisch: über Unternehmenshaushalt und Unternehmenspolitik (zum Beispiel Leitbild, Statuten, etc.); Aufnahme von Kapital und Kapitalinvestitionen; Produkte; Unternehmensstruktur, Standort, allfällige Fusionen, ...; Besetzung von Leitungs- und Kontrollorganen
- Taktisch: über Personalauswahl; Lohnsysteme; Betriebsmittel; Abteilungsleiter oder andere Vorgesetzte; ...
- Operativ: über die unmittelbaren Arbeitsbedingungen; Urlaubsplanung; Personaleinsatz-Planung; Feinsteuerung der Arbeitsaufträge; Arbeitsprozesse; ...

ALLES ILLUSION?

Klingt verrückt. Unvorstellbar. In einem anderen Leben vielleicht! Aber nein: Es gibt sie, die Beweise, dass es auch anders geht. Und die sind gar nicht so bescheiden:

Das Kooperativennetzwerk Mondragon im spanischen Baskenland besteht seit mehr als 50 Jahren, ist als multinationales Unternehmen in der Produktion von Industrieller Automatisierung, Haushaltsgeräten, Werkzeugen und Automobilkomponenten tätig und hat mittlerweile mehr als 100.000 Beschäftigte. Und die wählen ihre Vorgesetzten. Und bestimmen darüber, was produziert wird, wie produziert wird, was mit dem Gewinn gemacht wird, wer wieviel verdienen soll. Bildung wird als das zentralste Element angesehen, daher geht auch ein Teil des erwirtschafteten Gewinnes in Bildung und in die Forschung – so finanziert Mondragon Schulen, eine eigene Universität und ein Forschungszentrum. Daneben herrschen die Grundprinzipien: Einkommenssolidarität, die Teilnahme am Unternehmensmanagement, demokratische Organisationsstrukturen und ein untergeordneter Charakter des Kapitals. Ein anderer wird für die Soziale Vorsorge verwendet.

Genossenschaftsbanken und Supermärkte runden das Kooperativennetzwerk ab. Gerät eine der Genossenschaften des Netzwerkes in eine finanzielle Krise, wird sie durch die anderen aufgefangen.

In der Region herrscht Vollbeschäftigung. Sie weist das höchste Pro-Kopf-



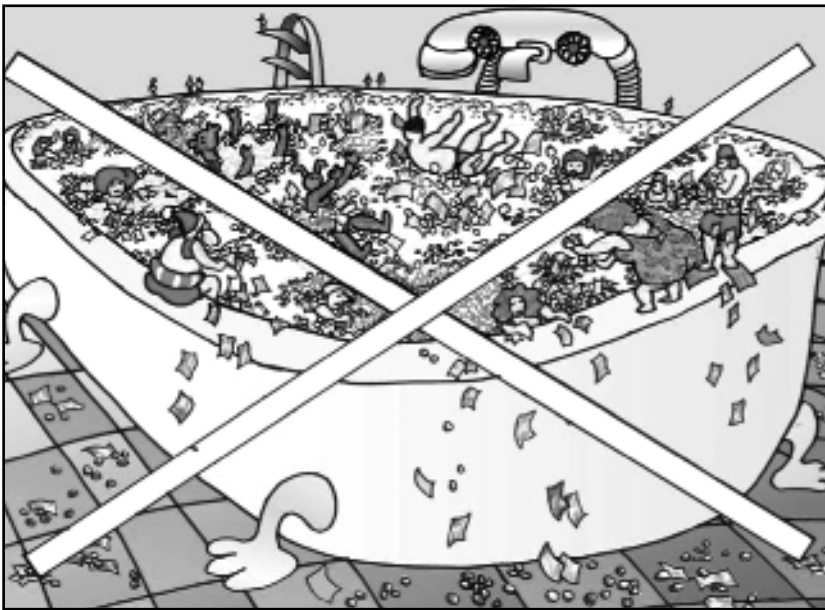
KLAUDIA PAIHA
IST BUNDESSPRECHERIN
DER AUGE/UG UND
MITGLIED DES
KOORDINATIONS-
AUSSCHUSSES DER UG.

Einkommen in Spanien auf und die Verteilung des Reichtums ist am gleichmäßigsten.

Etwas bescheidener nimmt sich dagegen das Beispiel der Wagner Solar-technik bei Marburg in Deutschland aus. Seit 1979 werden dort in Selbstverwaltung Photovoltaik und Solaranlagen hergestellt. Von 7 GründerInnen

ZARTE PFLÄNZCHEN

der Demokratie und Solidarität gibt es ja in manchen Betrieben. So wurde beispielsweise beim Mobilfunkbetreiber orange auf Initiative des Betriebsrats hin ein EDV-Programm entwickelt, in welchem die Beschäftigten ihre individuellen Wunsch-Arbeitszeiten einge-



„Solange die Wirtschaft nicht demokratisiert ist, bleibt die Demokratie unvollständig und unvollendet“, Michael R. Krätke, Politologe und Ökonom, Universität Amsterdam

ist der Betrieb mittlerweile auf über 100 Beschäftigte angewachsen und zu einem der führenden Solarunternehmen in Deutschland geworden. Nach wie vor werden Entscheidungen im Rahmen demokratischer Unternehmensstrukturen in MitarbeiterInnenversammlungen getroffen. Erwirtschaftete Erträge kommen ausschließlich den MitarbeiterInnen zugute.

Neben Genossenschaften oder selbstverwalteten Betrieben, gibt es auch konventionell geführte, die partizipative Elemente – in unterschiedlich stark ausgeprägtem Ausmaß – zulassen. zum Beispiel die Firma STASTO Automation in Innsbruck: dort hat zwar die Letztentscheidung immer noch die Eigentümerfamilie, doch gibt es auch direkte Mitwirkung der Beschäftigten in mittelfristigen bzw. taktischen Entscheidungen. In den jährlich 10 Vollversammlungen haben die MitarbeiterInnen ein Vorschlagsrecht z.B über Produktionsprogramme, Arbeitszeitsysteme, Marketing, Beschaffung, etc.

ben können. Zu 80 Prozent können diese nun verwirklicht werden.

Einen grossen Schritt Richtung BürgerInnenrechte im Betrieb hat die Arbeitsgemeinschaft für Nichtsesshaftenhilfe Wien mit ihrer Betriebsvereinbarung über die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen und den Umgang mit MitarbeiterInnen gemacht. In dieser ist dezidiert das Recht und die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung gegenüber Vorgesetzten, die Berücksichtigung von Wünschen, Bedürfnissen und privaten Interessen der MitarbeiterInnen und die Mitgestaltungsmöglichkeit der Beschäftigten bei ihren Arbeitsaufgaben festgehalten. Weisungen, Anordnungen oder Entscheidungen von Vorgesetzten müssen nachvollziehbar begründet werden und ein selbständiges Arbeiten erleichtern. Grundsätzlich ist die Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfe und Respekt vor der Person festgeschrieben. Bei Fehlern stehe nicht die Schuldfrage, sondern die Suche nach einer Lösung im Vordergrund. Bei

Änderungen der Arbeitsorganisation müssen nicht nur der Betriebsrat, sondern auch die betroffenen Beschäftigten mitwirken. Selbst bei der Aufnahme neuer MitarbeiterInnen ist die Meinung der betroffenen KollegInnen zu berücksichtigen. Und zur Draufgabe – damit's leichter lesbar ist – ist diese Betriebsvereinbarung in Comics-Form abgefasst.

Ansatzpunkte zu zumindest kleinen Schritten zur Demokratisierung der Arbeitsbeziehungen gibt es: Sei es über entsprechende Betriebsvereinbarungen, Verhaltenskodices, welche neben Werten und der wertschätzenden Kultur auch Regeln für Entscheidungsfindungen festschreiben, oder Zielvereinbarungen.

Die Ergebnisse des zitierten innsbrucker Forschungsprojektes zeigen es ebenso, wie eine Studie über den Zusammenhang von erlebter Arbeitswelt und dem Erstarken des Rechtspopulismus²⁾: Demokratie, Mitsprache und Mitwirkung muss erlebt werden, um sie selbst leben zu wollen. Dazu braucht es Wissen, Zeit, Gelegenheit zur öffentlichen Debatte und Regeln. Diese Voraussetzungen müssen wir auch in den Arbeitsalltag implementieren, verbringen wir dort doch gut die Hälfte unseres wachen Lebens.

Und – keine Angst vor Fehlern: „Selbst wenn die Vielen Fehler begehen, ist dies immer noch besser, als wenn allein wenige Elitenangehörige Fehlentscheidungen treffen: die Folgen müssen ohnehin alle tragen ...“ (Alex Demirovic)

Zum Weiterlesen:

- mcc.es, wagner-solar.com
- forba.at/data/downloads/file/102-SR%201_2004.pdf
- auge.or.at/_TCgi/Images/auge/20060329150613_ODEM_UG_Salzburg_1.ppt
- node-research.at/joomla/index.php?option=com_content&task=view&id=41&Itemid=151

¹⁾ Schmid, B., Unterrainer, C., Weber, W.G. (2005): Organisationale Demokratie – Ressourcen für soziale, demokratieförderliche Handlungsbereitschaften (ODEM)

²⁾ Flecker, Jörg, Kirschenhofer, Sabine (2007): Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs

Post und Telekom entledigen sich tausender
MitarbeiterInnen. Von Kurt Lang.

PERSONALPOOLS FÜR UNERWÜNSCHTE

TELEKOM AUSTRIA AG



Die Fakten: Die Telekom Austria AG hat bis 2008 jedes Jahr fette Gewinne geschrieben

und Millionen an Dividenden ausgeschüttet. Die geringen Verluste für 2008 resultieren aus Restrukturierungsmaßnahmen (zum Beispiel Investitionen in Weißrussland) und aus Rückstellungen für den Personalabbau. Personalabbau kostet also Geld. Daher muss noch mehr Personal eingespart werden, was wieder Geld kostet...

Heuer sollen 1250 der noch zirka 9000 Beschäftigten gehen. Schon die Jahre zuvor wurden jährlich ungefähr 1000 Personen abgebaut.

Die Personalabbauten erfolgen üblicherweise im Rahmen von Sozialplänen. Angestellten wird bei einvernehmlicher Auflösung des Dienstverhältnisses, zusätzlich zu den gesetzlich und vertraglich zustehenden Abfertigungsansprüchen, eine Sonderabfertigung angeboten. Für über 55-jährige wird eine Vorruhestandsregelung angeboten. BeamtInnen kann man aufgrund

ihrer Unkündbarkeit nicht so leicht loswerden. Hier versucht man es mit „Golden Handshakes“. Wer den unwiderruflichen Austritt aus dem Beamten-dienstverhältnis erklärt, kann mit einer Sonderabfertigung rechnen. Auch ein Karrenzierungsmodell (1–10 Jahre) gibt es im Rahmen des Sozialplans.

Um Beamte, die weder Vorruhestandsregelung noch Karenzierungsmodell annehmen, aus der Personalstatistik zu bekommen, hat man einen sogenannten Personalpool geschaffen.

Die überzähligen MitarbeiterInnen werden nach Hause geschickt und warten dort – bei fast vollen Bezügen – auf neue Aufgaben. Was auf den ersten Blick paradiesisch anmutet – nicht arbeiten müssen und trotzdem fast volles Gehalt – entpuppt sich als Mobbing pur. In unregelmäßigen Abständen (alle paar Tage, oder Wochen, oder gar Monate) wird man zu einer anderen Dienststelle zitiert. Dort hat man dann bis auf Widerruf die Arbeit zu erledigen, die niemand anderer machen will. Unabhängig von Vorkenntnissen und Ausbildung. Irgendwann (nach ein paar Tagen, oder Wochen, oder gar Monaten) wird man ohne Dank wieder nach Hause entlassen und das Warten beginnt wieder von vorne. Derart mübe gemacht, nehmen viele letztendlich dann doch irgendwann einen „Golden Handshake“ an.

Diese praktizierte Vorgehensweise wurde der breiteren Öffentlichkeit durch ein Video von einer Pressekonferenz des Festnetzfinanzchefs der Telekom Austria AG, Gernot Schieszler, auf dem Capital Market Day 2009 für institutionelle Investoren und Analysten am 29. Jänner 2009 bekannt. In die-

sem Video meint Schieszler (auszugsweise frei aus dem Englischen übersetzt): „Unsere Aufgabe ist es, ein Telekomunternehmen wertsteigernd zu führen, und nicht, in Gärten alter Damen zu graben. Daher hat man entschieden, Mitarbeiter aus dem Prozess herauszunehmen“. Auf die Journalistenfrage nach dem „Wie“ antwortete der stellvertretende Festnetz-CEO: „... wird die Telekom Austria AG damit beginnen, die Mitarbeiter anzurufen, um sie ein paar Tage zur Arbeit zu rufen. Dann werden die Leute am Telefon krank und der Arzt kommt und wenn der dann feststellt, dass sie nicht krank sind, werden wir sie klagen. Ich denke, das wird dazu führen, dass dann mehr Mitarbeiter das Angebot des Golden Handshake 2009 annehmen.“ Ansehen kann man dieses Video auf youtube.

Auch wenn sich Herr Schieszler in einem E-Mail an die Belegschaft für „einen missverständlichen Videobeitrag“ entschuldigt hat, bleibt zumindest ein bitterer Nachgeschmack. Solche Aussagen zeigen deutlich die Geisteshaltung der Manger in den ÖIAG-Betrieben. Über die Brisanz der Aussagen war man sich innerhalb der Telekom Austria sehr wohl klar. Der via Internet in alle Welt übertragene Livemitschnitt des „Capital Market Day“ wurde nachträglich zensuriert und die „missverständlichen“ Schieszler-Aussagen entfernt. Herr Schieszler ist mittlerweile als Finanzchef des Festnetzes zurückgetreten. Sein Nachfolger – Hannes Ametsreiter – ist bei dieser Pressekonferenz übrigens genau neben ihm gesessen und hatte keinerlei Einwände...



KURT LANG
IST MITARBEITER VON
...WE4YOU/UG.

Was sagt die Politik dazu?

Voriges Jahr, in den Betriebsversammlungen der Telekom Austria, gab es genug der kämpferischen Worte. Zum Beispiel vom (damals noch) ÖGB-Präsidenten Rudolf Hundstorfer: „Wir haben tiefste Solidarität und tiefste Übereinstimmung mit den Anliegen der Belegschaft“; „Es kann nicht sein, dass Menschen einfach zwischen Arbeitsagenturen hin und her geschoben werden“; „Der ÖGB wird Euch begleiten, der ÖGB ist und bleibt die Kampforganisation des Landes. Wir sind trotz der Krise in den vergangenen Monaten voll da. Da, damit nicht Menschen entsorgt werden“.

Oder von Arbeiterkammer-Präsident Herbert Tumpel: „Ich bin auf Eurer Seite“; „50.000 Jobs hängen direkt und indirekt an der Zukunft der Telekom Austria“; „Weitere Privatisierungen brauchen wir nicht. Und wir brauchen auch keine Politik, die nur kurzfristige Gläubigerinteressen verfolgt“.

Gut gesprochen. Und weiter? Wie sieht der Sozialminister Rudolf Hundstorfer das Ganze? Wie sieht das der Rest der Bundesregierung? Neben der politischen Ignoranz und der menschlichen Komponente ist auch die juristische Vorgehensweise fragwürdig.

Das geltende Beamtendienstrecht wird schlicht umgangen. Eine Versetzung müsste ordnungsgemäß mittels eines Bescheides erfolgen. Tatsächlich wird den Betroffenen mittels eines bescheidähnlich aussehenden Schreibens mitgeteilt, dass ihr Arbeitsplatz aufgegeben wurde und dass sie in die Einheit Personalpool versetzt werden. Als Rechtsbelehrung ist dann noch angeführt, dass man binnen zwei Wochen Einspruch gegen die beabsichtigte Maßnahme erheben kann. Einsprüche, die tatsächlich kommen, werden aber einfach ignoriert, bzw. nur irgendwo gesammelt.

Wie geht es weiter?

Der Vorstandsvorsitzende (CEO) der Telekom Austria AG, Boris Nemsic, tritt mit 1. April zurück und übernimmt die Leitung des russischen Konkurrenten „VimpelCom“. Während Angestellte üblicherweise Kündigungsfristen einhalten müssen und eine Konkurrenzklausel zu beachten haben, ist dies in den obersten Managementebenen anscheinend kein Thema. Lästige Kon-

frontationen mit der Gewerkschaft bleiben ihm bei seinem neuen Dienstgeber sicher erspart. Der Tätigkeitsbereich der VimpelCom: Russland, Ukraine, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Georgien, Armenien, Vietnam und Kambodscha. Allesamt Länder, wo man es mit den Menschenrechten nicht so genau nimmt.

Wie auch immer: Die meisten MitarbeiterInnen der Telekom Austria AG haben ihren Chef sowieso nach Sibirien gewünscht. Dieser Wunsch ist in Erfüllung gegangen. Die Nachfolge von Boris Nemsic tritt dessen eigener Wunschkandidat an: Hannes Ametsreiter. Und mit diesem wird sicher alles anders...

POST AG



Die Fakten: Die Post AG hat jedes Jahr fette Gewinne geschrieben

und Millionen an Dividenden ausgeschüttet. Heuer wird eine Rekord-Dividende von 169 Millionen Euro an die Aktionäre ausgeschüttet.

Über 1000 der ursprünglich 2300 Postämter wurden bereits geschlossen. Über die Schließung von weiteren 300 Postämtern wird gerade beraten. Aber auch danach wird der Infrastrukturschlag sicher weitergehen.

Der Personalpool der Post AG heißt „Karriere-Entwicklungs-Zentrum“. Von Karriere oder Entwicklung ist aber nichts zu bemerken. Nicht verwunderlich, bei einem Schulungsbudget von 30 Euro pro Bediensteten. Pro Jahr, versteht sich. In diesem Jobcenter sind derzeit über 700 MitarbeiterInnen untergebracht. Anders als bei der Telekom Austria AG warten die Post-MitarbeiterInnen aber nicht zu Hause auf neue Aufgaben, sondern sie haben volle Anwesenheitspflicht. 8 Stunden täglich, 40 Stunden wöchentlich absitzen ohne Aufgabe. Kontrolliert durch Aufseher. Arbeitslos trotz Arbeitsplatz.

Was sagt die Politik dazu?

Als Werner Faymann noch Infrastrukturminister war, hat er per Erlass die Schließung von Postämtern zumindest erschwert (sechs Monate lange Prüfungsfrist). Als Bundeskanzler verweist er nur noch auf die Zuständigkeit des Finanzressorts. Außerdem sind minus 300 Postämter eh weniger, als die

1000 von denen noch im Herbst die Rede war. Na dann ...

Finanzminister Josef Pröll schwenkt erwartungsgemäß auf die neoliberale Rhetorik des Post-Managements ein, wonach nur jene Filialen erhalten bleiben sollen, die wirtschaftlich geführt werden können. Durch finanztechnische Zuweisung von Kosten kann man aber praktisch jedes Postamt für nicht wirtschaftlich erklären.

Die für eine flächendeckende Postversorgung zuständige Verkehrsministerin Doris Bures sieht die Verantwortung beim Post-Management.

Das Post-Management will die flächendeckende Versorgung mittels „Postpartnern“ gewährleisten. Die Postdienstleistungen sollen also, so die Idee, von Tankstellen und Nahversorgern übernommen werden. Die Erdölkonzerne reduzieren aber derzeit die Anzahl ihrer Tankstellen. Und so etwas wie ein Greißlersterben soll es ja auch noch geben.

Wie geht es weiter?

Der Post-Vorstandschef Anton Wais tritt mit 1. April zurück. Wenn diese Ausgabe der Alternative erscheint, ist sicher schon sein Nachfolger präsentiert. Und mit diesem wird sicher alles anders...

ÖIAG



Nach dem Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden

der Telekom und des Vorstandschefs der Post wäre jetzt eigentlich noch der Vorstand der ÖIAG (Österreichische Industrie Holding AG) – Peter Michaelis – an der Reihe. Dieses Trio Infernal hat innerhalb weniger Jahre tausende Arbeitsplätze vernichtet.

Wenn diese Alternative erscheint, ist vielleicht schon der Nachfolger des ÖIAG-Vorstands präsentiert. Und mit diesem wird sicher alles anders ...

Betriebsratswahl im Bundesrechenzentrum

7 Mandate für ÜBL/UG

Mitte Feber wurde der neue Betriebsrat gewählt und die bis dato stimmenstärkste Fraktion – die überparteiliche Betriebsratsliste unabhängige GewerkschafterInnen (ÜBL/UG) – durfte sich wieder über 7 der 15 (vorher 7 von 13) zu vergebenen Mandate freuen. Die FCG und die FSG landeten mit 4 beziehungsweise 3 (jeweils +1) Mandaten auf den Plätzen zwei und drei. Das Wahlergebnis wird durch ein Mandat für die IBV (parteilose Interessen besser vertreten) vervollständigt.

In den letzten Jahren wurde mit der FCG partnerschaftlich zusammen gearbeitet – selbst als es aufgrund der absoluten Mehrheit für die ÜBL/UG nicht notwendig gewesen wäre. Es überrascht daher wenig, das dieser Kurs des möglichst breiten Konsens beibehalten wird, um auch für die neuen „Herausforderungen“ gerüstet zu sein. Denn auch die nächsten vier Jahre werden weiterhin „spannend“! Einerseits hat sich die betriebliche Struktur stark verändert und die neuen MitarbeiterInnen müssen erreicht werden, andererseits steht das Alltagsgeschäft, insbesondere die tägliche Individualunterstützung, am Programm.

Einfach wird die kommende Zeit keinesfalls – viele neue MitarbeiterInnen, welche erst ins Unternehmen reinwachsen, der anstehende Fassadenumbau, generell die Stimmung in der Kollegenschaft, individuelle Einsätze für KollegInnen und immer wiederkehrende Umstrukturierungen werden uns von der ÜBL/UG gründlich auf Trab halten.

Das Wahlergebnis gibt uns jedenfalls Kraft, um uns weiter mit vollem Elan für die Kollegenschaft und einen guten Arbeitsplatz einzusetzen!

Roland Rothböck



Hannes Jank, Sabine Pittsch und Othmar Felsberger (linkes Bild, von links) führen die Liste „KIV“ an, Karl-Wolfgang Autz und Franz Lipaschek (rechtes Bild, von links) stehen an der Spitze der FSG-Liste.

Zwei Listen duellieren sich um Stimmen bei Magistrats-Wahl

Bei der Stadt Villach finden morgen mit Spannung erwartete Personalvertretungs-Wahlen statt.

KLEINZEIT

VILLACH. Erstmals duellieren sich zwei Gewerkschaftslisten um die Stimmen der 1.054 30 Jahren gibt. Dort liegt sie mittlerweile hinter der FSG auf Platz zwei. „Wir sind par

Motto. Die KIV rechnet sich bis zu 15 Prozent der Stimmen aus. FSG Spitzenkandi

23.03.2009 20.16

Erstmals "Auswahl" bei der Wahl

Das ist neu: Villachs Magistratsbedienstete können diesmal wählen beim Wählen. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten kandidiert bei den Personalvertretungswahlen am Donnerstag im Magistrat Villach neben der sozialdemokratischen "FSG" auch eine zweite Liste.

"Verkrustungen aufbrechen". Die Unabhängige Liste "KIV" will "Verkrustungen aufbrechen". "Die Sensation ist ja nicht, dass wir kandidieren", sagt Spitzenkandidat

KIV
www.kiv.at

Villach hat gewählt:

Auf Anhieb 11 Mandate

Erstmals hatten die Villacher Magistratsbediensteten eine echte Wahl: Für die Personalvertretung kandidierte neben der bisher konkurrenzlosen FSG (Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter) die Liste KIV/UG (Konsequente Interessenvertretung/Unabhängige GewerkschafterInnen). Das Ergebnis übertraf alle Erwartungen:

- Vertrauenspersonenausschuss I (Handwerklicher Dienst): 23,1 Prozent und 3 Mandate
 - Vertrauenspersonenausschuss II (Allgemeine Verwaltung): 30,1 Prozent und 4 Mandate
 - Zentralkomitee der Personalvertretung: 25,9 Prozent und 4 Mandate
- Der Vorsitzende des Vertrauenspersonenausschusses II – zugleich Landesvorsitzender der Kärntner Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – hatte im Vorfeld der Wahl sichtlich Schwierigkeiten mit der ungewohnten Situation. „Unseriosität“ warf er der KIV vor. Weil sie in ihrer Wahlwerbung auch Cartoons verwendet hatte. Das tut die KIV allerdings schon seit mehr als 30 Jahren mit großem Erfolg.

Ungewöhnliche Töne auch zum Thema „Parteiunabhängigkeit“. Auf den FSG-Listen sei jede Menge Platz für parteiunabhängige KandidatInnen. Und das, obwohl es im Statut der FSG-Kärnten ganz klar heißt: „Im Rahmen der Gewerkschaftsarbeit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten - Landesgruppe Kärnten, kann der Verein die Parteilichkeit der SPÖ übernehmen.“ Das wollten offensichtlich viele Bedienstete so nicht.

www.kiv.at/villach

Offener Brief an Wiens Bürgermeister Häupl

Wien, am 10. März 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Danke für Ihr Schreiben betreffend die Einführung des Gratiskindergartens für 0 bis 6-jährige Kinder in Wien. Ich habe diese Information mit sehr gemischten Gefühlen zur Kenntnis genommen.

Als Kindergarten- und Hortpädagogin und als Personalvertreterin in der MA 10 – Wiener Kindergärten begrüße ich jegliche Bildungsoffensiven im Interesse der Zukunft unserer Kinder. Angesichts der prekären Situation in den Wiener Kindergärten muss ich allerdings darauf hinweisen, dass derzeit sämtliche personelle und räumliche Voraussetzungen für die Umsetzung dieses Projektes fehlen.

Derzeit sind etwa 140 Planstellen für KindergartenpädagogInnen unbesetzt. In immer mehr Gruppen kann der Dienstbetrieb nur mehr durch den Einsatz von AssistentInnen aufrecht erhalten werden.

Schuld am chronischen Personal-mangel sind eine starke Abwanderung von KollegInnen in andere Bundesländer, die zunehmend erschwerten Arbeitsbedingungen und vor allem die im Verhältnis zur verantwortungsvollen Tätigkeit und den hohen Qualitätsansprüchen äußerst geringe Bezahlung. Alle langjährigen Forderungen nach einer Besoldungsreform für das Personal der Wiener Kindergärten verhallen bisher ungehört. Und die neuen Ausbildungsmodelle werden frühestens in einigen Jahren Wirkung zeigen, das aber auch nur, wenn sich die Rahmenbedingungen für die Arbeit in den Wiener Kindergärten grundlegend ändern.

Immer wieder – zuletzt im Nationalratswahlkampf – erfahren die rund 7000 Beschäftigten der MA 10 aus den Medien, wie toll und problemlos die Situation ist. Allein: sie wissen es aus eigener Erfahrung besser.

Wir haben uns aus Loyalität aus der öffentlichen Debatte während der letzten Wahlen heraus gehalten. Unsere Geduld ist aber am Ende. In Hinblick auf die Wiener Wahlen 2010 kann die Politik mit solcher Zurückhaltung nicht mehr rechnen.

Ich nehme nicht an, dass Sie oder die Vizebürgermeisterinnen die Bevölkerung mit ihren Erklärungen absichtlich hinters Licht führen wollen. Vielleicht werden sie von der Abteilung nur unzureichend informiert.

Ich bin jederzeit zu einem Gespräch über die wahre Situation in den Kindergärten bereit. Und wir haben auch Vorschläge für eine Entspannung der Situation.



MARTINA PETZL-BASTECKY
IST PERSONALVERTRETERIN DER KIV
IN DEN WIENER KINDERGÄRTEN.



Antrag der AUGE/UG zur 150. Vollversammlung am 1. April 2009

Zukunft Kindergarten

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer-Wien fordert

- Bereitstellung von ausreichend Mitteln für eine wirkliche Bildungs-offensive
- Einstellung von genügend qualifiziertem Personal in allen Wiener Kindergärten
- Lohn- und Gehaltsreform für die Beschäftigten der Wiener Kindergärten

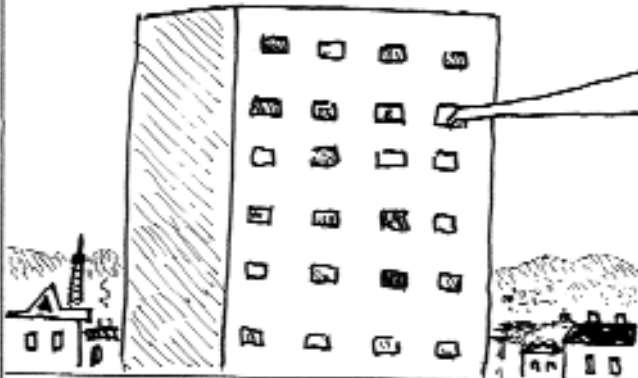
Begründung:

Das Land Wien übernimmt eine VorreiterInnenrolle im freien Bildungszugang der frühkindlichen Erziehung. Künftig soll der Kindergarten von 0–6 Jahren beitragsfrei sein. Um qualitativ hochwertige Bildungschancen für jedes Kind zu gewährleisten ist es unumgänglich, dass die Bildung, Betreuung und individuelle Förderung durch ausgebildete KindergartenpädagogInnen ermöglicht wird. Und zwar in allen Institutionen, mit den notwendigen Rahmenbedingungen und während der gesamten Öffnungszeit.

Schon jetzt fehlen aber allein bei den städtischen Kindergärten an die 140 PädagogInnen, die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung sind wenig attraktiv. Um das notwendige pädagogische Personal zu bekommen, muss flankierend zu der Budgetierung des freien Bildungszuganges eine Lohn- und Gehaltsreform für die KindergartenpädagogInnen und AssistentInnen vorgenommen werden, welche auch ein gesellschaftspolitisches Zeichen der Anerkennung um die Bildungsinstitution Kindergarten ist. Verantwortungsvolle und gerechte Bezahlung für die MitgestalterInnen der Zukunft Wien, der Zukunft „Kinder“. Denn: „Wien ist Bildung, Wien bewegt“.

WER WAR HELM

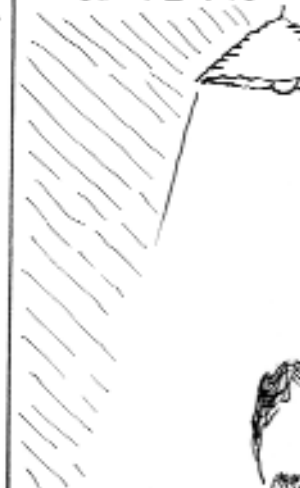
DIE 60er JAHRE IM
PROMIGEMEINDE BAU:



DORT SITZT DER JUNGE
ABER BEGABTE JOURNALIST
H.HOLEC (DECKNAME)



ABER ER IST



NUR ICH MUSS MIT
DER ALTEN "BRÜDER-
ZUR-SUNNE-LEUCHE"
AUSKOMMEN



DA ERINNERT ER SICH
SEINER TSCHECHOSLOWAKISCHEN
FREUNDE



DIE IHN IN
GESCHLOSSEN



SO TRIFFT MAN SICH IN PRAG



DIE UNHEIMLICH WICHTIGEN
INFORMATIONEN GEHEN UMGEHEND
NACH MOSKAU

"DIE SPß MAG DIE BVP NICHT"
UNFASSBAR! "KEINER MAG DIE
KOMMUNISTEN" UNGLAUBLICH!
"DER KREISKY HASST DEN BACHER"
EINE KATASTROPHE



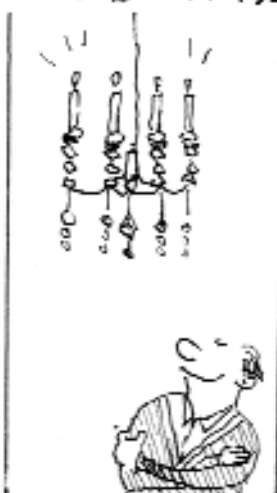
WUT HOLEC?

UNGLÜCKLICH



"ALLE ANDEREN GENOSSEN HABEN LUSTER"

(MANCHE SOGAR EIN TELEFON)



S HERZ
HABEN



ICH KÖNNTE DEN
KOMMUNISMUS
STÜRZEN



UND ZUGLEICH DEN ALLER-
PRÄCHTIGSTEN LUSTER IM
GEMEINDEBAU KRIEGEN



WIE WIR WISSEN
DAS DER ANFANG
DES ENDE DES KOMMUNISMUS



DARUM FORDERN WIR DEN

DR. HOLEC PLATZ

UND NATÜRLICH DAS
GRETE LASKA
MONUMENT



Attac-Deutschland veranstaltete in Berlin einen Kapitalismus-Kongress.

Von Fritz Schiller.

KAPITALISMUS AM ENDE?

Am verregneten Berlin veranstaltete Attac Deutschland Anfang März einen Kongress mit dem Motto „Kapitalismus am Ende?“. Aktueller hätte die Fragestellung nicht sein können. Die Finanzmarktkrise und ihre Überwindung stehen auf der Tagesordnung nicht nur in Deutschland oder Österreich, weltweit ist eine neue Perspektive gefragt. Es war klar, dass die Antworten sich nicht darauf beschränken würden, Systemkorrekturen zu empfehlen. Einschneidende Veränderungen wurden in den einzelnen Foren und Vorträgen nicht nur für die Struktur des Finanzkapitalismus gefordert, sondern auch gesellschaftliche Veränderungen.

Der Kongress wurde am 6. März 2009 mit einer großen Podiumsdiskussion eröffnet. In den darauffolgenden zwei Tagen wurde eine Reihe von Vorträgen, Seminaren, Workshops und Diskussionsforen angeboten, die von 2500 TeilnehmerInnen besucht wurden, weit mehr als die Veranstalter erhofft hatten. Neben allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Fragen trug zum Beispiel Werner Rügemer über „Cross Border Leasing“ vor. Ein Forum behandelte das Thema: „Wachstum und Wohlstand: Grenzen

des Wachstums oder Wachstum der Grenzen?“ Die Podiumsteilnehmer waren Andrew Simms von Greenpeace UK, Bruno Kern von der Initiative Ökosozialismus und der Österreicher Andreas Exner von der Zeitschrift „Streifzüge“. Ein anderes Forum diskutierte die Frage: „Globaler Kapitalismus, Demokratie und Krise der Repräsentation“ mit den TeilnehmerInnen Urs Marti, einem Schweizer Politikwissenschaftler und den Soziologen Christa Wichterich und Alex Demirovic.

Natürlich referierte auch Elmar Altvater in einem total überfüllten Hörsaal über die Finanzkrise und das gesellschaftliche Naturverhältnis und Joachim Bischoff und Richard Detje von der Zeitschrift Sozialismus behandelten den großen Crash und den bürgerlichen Staat. Insgesamt gab es 75 Vorträge oder Seminare sowie zwanzig Diskussionsforen.

Der Kongress wurde am 8. März mit einer grossen Podiumsdiskussion im Audi Max der TU Berlin vor über 1000 TeilnehmerInnen, einem historischen Schauplatz der 68er Studentenbewegung, beendet. Als Titel der Veranstaltung wurde ein Marx-Zitat „... es kommt aber drauf an sie zu verändern“ verwendet. TeilnehmerInnen waren Heiner Geißler, ehemaliger CDU-Generalsekretär und Attac Mitglied, Frigga Haug, marxistisch-feministische Soziologin und Philosophin, Jutta Sundermann, Mitbegründerin von Attac Deutschland und Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Gewerkschaft IG Metall. Geleitet wurde die Diskussion von Detlev van Larcher, einem ehemaligen SPD Bundestagsabgeordneten.

Der Redebeitrag von Hans-Jürgen Urban, einem deutschen Spitzengewerkschafter, war deshalb bemerkenswert, weil er ein Bündnis, die sogenannten Mosaiklinke, zwischen den NGOs, im speziellen Attac und den Gewerkschaften vorschlug. Es gehe nicht mehr darum „Rufst du zu meiner Demo nicht auf, ruf ich zu deiner Demo nicht auf.“ Im Gegenteil. Gemeinsam müsse die Mosaiklinke auf vielen Demonstrationen auftreten. Er erteilte keynesianischen „Reparaturvorstellungen“, welcher Provenienz auch immer, eine deutliche Absage und bekannte sich ebenso zum „Rückbau von nicht sinnvollen Kapazitäten“ in der Wirtschaft.

Dieser bemerkenswerte Beitrag wurde hier nach einer DVD-Aufnahme transkribiert. Es handelt sich hier um eine freie Rede. Als Österreicher würde mensch es sich wünschen, wenn es auch hierzulande solche Metallgewerkschafter geben würde:

„Ich möchte beginnen mit der Grundeinschätzung, die Frigga dargelegt hat, die ich teile, nämlich mit dieser absolut paradoxen Situation, in der wir uns befinden, weil im Grunde genommen hat die Linke das, was jetzt passiert ist, mehr oder weniger vorhergesagt. Nicht den genauen Zeitpunkt, nicht die genaue historische Verlaufsform, aber viele der Kolleginnen und Kollegen, die hier sind, haben gewusst, haben uns aufgezeigt, analysiert, dass das auf Dauer nicht gut gehen kann. Und jetzt haben wir Recht bekommen, und jetzt steht die Linke ratlos da.“

Jetzt sind wir in einer Situation, wo wir weder von der konzeptionellen Arbeit noch von der Herausforderung einen politischen Akteur zusammenzu-



FRITZ SCHILLER
IST ÖKONOM,
BETRIEBSRATS-
VORSITZENDER UND
AUGE/UG-VERTRETER IM
BUNDESVERSTAND DER
GEWERKSCHAFT DER
PRIVATANGESTELLTEN.



kriegen, der auch handlungsfähig ist, in der Lage sind zu handeln. Gegenwärtig ist die herrschende Klasse dabei, das Ding unter sich auszuhandeln. Die Merkel fragt den Ackermann wie er's gerne hätte, die Repräsentanten der Sozialdemokratie, die es ja schließlich waren, die Hartz IV gemacht haben, die die Privatisierung der Rentenversicherung gemacht haben, die die Hedgefonds gehätschelt haben, die reden auf einmal wieder wie Sozialdemokraten, aber nicht aus Einsicht, sondern weil die Wahl bevorsteht.

Und in der Tat, wir Gewerkschaften, wir verschleißen uns gerade da drin, die übelsten Krisenfolgen der Krise abzufangen und zu verhindern, dass wir binnen weniger Wochen eine Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt und in den Verteilungsverhältnissen hinkriegen. Das

ist keine komfortable Ausgangssituation und ich glaube, die müssen wir zum Ausgangspunkt unserer Diskussion nehmen, wie geht das jetzt weiter.

Ich glaube, dass alle Akteure, die diese Frage sich stellen, drei Aufgaben erledigen müssen: Das Erste ist analytisch weiter daran zu arbeiten, was geht denn da jetzt ab und was sind taugliche Elemente und welche Elemente taugen nichts und die man auf die Seite legen soll. Zweitens: Wir müssen uns mal schneller und offensiver wenigstens die Skizze eines grundlegend anderen sozialen, ökologischen Entwicklungsmodells uns gemeinsam erarbeiten und Übergangprojekte, die uns Wege aufzeigen, wie man dahinkommen kann. Und drittens geht es darum, gramscianisch gesprochen, so etwas wie einen historischen Block von

progressiven Kräften hinzubekommen, die sich dieser Aufgaben annehmen und die dann auch in die Praxis, in die Wirklichkeit umsetzen, was wir zuvor diskursiv uns erdacht und erarbeitet haben.

Und ich will jetzt kurz was dazu sagen, was das eben auch an die Gewerkschaften für Anforderungen stellt.

Analyse. Und ich weiß, was ich da sage. Natürlich müssen sich die Gewerkschaften auch auf die Höhe der These heraufarbeiten, dass weder der rosane noch ein roter, noch ein grüner Keynesianismus die Antwort sein kann auf das was zur Zeit liegt. Alle Schattierung des Keynesianismus sind mit Blick auf drei Punkte, die es jetzt zu bearbeiten gilt, relativ hilflos.

Bitte umblättern

Mit Blick auf die Frage, wie kann es gelingen, naturverträglich zu produzieren, zu verteilen und zu konsumieren, zweitens mit Blick auf die Dimension von Umverteilung, von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen und drittens mit Blick auf die Frage der Fragen, die Demokratiefrage.

Wie kann man zurückholen was man nennen kann den Primat von demokratischen Entscheidungen über die Ökonomie. Und da hat der Keynesianismus nichts zu sagen.

Das auszusprechen löst aber noch nicht das Problem, sondern es deutet nur die Dimension an, vor der wir stehen.

Und was heißt das für die Gewerkschaften? Die Gewerkschaften sind in der Phase des deregulierten Finanzkapitalismus in eine strukturelle Defensivsituation hineingeraten, die historisch kaum Vorbilder hatte. Das hat viele Ursachen. Das hat auch die Ursache einer, sozusagen theoretischen Selbstentmachtung der Gewerkschaften, weil sie verlernt haben kapitalismuskritisch zu denken und zu diskutieren. Keine Frage.

Aber es hat auch tiefergehende Ursachen: Weil der Finanzmarktkapitalismus über seine Strategien der Spaltung von Belegschaften, der Individualisierung, der Prekarisierung von Arbeit solidarische Kommunikation, solidarische Widerstandsformen zersetzt hat und weil die Wirklichkeit in den Betrieben eine zutiefst unsolidarische ist.

Und deswegen ist die erste Aufgabe der Gewerkschaften in der Organisation des Widerstands gegen die Strategien die Krisenbewältigungskosten auf die abhängig Beschäftigten abzuwälzen, in dieser Widerstandsaktion neue Formen von Kollektivität, von gemeinsamen Selbstbewusstsein, von gemeinsamer Solidarität zu organisieren. Ich glaube, das ist eine ganz, ganz wichtige Sache.

Zweitens. Ja, auch wir als IG Metall haben organisationspolitische Standbeine in Branchen, die, nach den Kriterien, die ich gerade selber genannt habe, nicht zukunftstauglich sind. Wo sich vieles verändern muss. Und deswegen ist es auch Aufgabe der Gewerkschaften, diesen Prozess des Rückbaus von nicht sinnvollen Kapazitäten der ökologisch orientierten Konversion und des Aufbaues von öffentlichen Produkten, von gesellschaftlichen Produkten

mitzuorganisieren. Und zwar politisch zu organisieren.

Weil das, was zur Zeit läuft, das ist die marktförmige Bereinigung dieses Problems. Und das ist die Form, die die höchsten gesellschaftlichen Folgekosten hat und deswegen geht es darum, dass solidarisch und politisch zu machen. Dadurch wird's nicht leichter, aber dadurch wird es verträglich.

Was nicht geht, und da sage ich als Gewerkschafter auch, wie ich es sehe, was nicht geht, ist der Versuch, wir lassen den Laden erst einmal völlig vor die Wand fahren, und dann bauen wir auf den Trümmern dessen irgendetwas, was ökologischer ist oder nicht.

Freundinnen und Freunde, wenn der Laden so vor die Wand fährt, dann bauen wir nicht auf, dann werden die anderen aufbauen. Und deswegen geht es darum demokratisch, reguliert diesen Übergang zu schaffen.

Und das führt mich zum dritten Punkt. Und der dritte Punkt ist das Thema Demokratie. Ja wir brauchen in den Betrieben, aber eben auch über die Betriebe hinaus, im Bereich von Branchen, im Bereich von Clustern, die ökonomisch zusammenhängen in Form von Wertschöpfungsketten, neue Formen der demokratischen Einflussnahme der direkt Betroffenen und der Gesellschaft insgesamt. Und das stehe ich auch nicht an zu sagen und das muss weit über das hinausgehen was wir als Gewerkschaften bisher uns vorgestellt haben an Formen von betrieblicher Interessensvertretung und Mitbestimmung. Das geht in das, was man als Diskussion aufrufen muss: Was kann, was sollte heißen Wirtschaftsdemokratie im globalen Kapitalismus? Und wo sind die Potentiale auch darüber hinaus zu denken? Das ist die Aufgabe.

Wirtschaftsdemokratie in einer globalisierten Gesellschaft, die die Voraussetzungen verbessert, diese Übergänge, von denen ich gesprochen habe, die nur politisch gestaltet werden können, die man nicht dem Markt überlassen darf und nicht den Eliten, die demokratisch gestaltet werden müssen, wo die Gesellschaft sich die Strukturentscheidungen aneignen muss, wie kann man die politisch wirksam werden lassen, über demokratische Formen in den Unternehmen, über die Unternehmen hinaus, in den Parteien, in den Organisationen, auch den Großorganisationen, die

Gewerkschaften, in der Gesellschaft insgesamt.

Ich glaube aus dieser Trias könnte so etwas entstehen wie eine Konzeption, die Rücksicht nimmt auf Machtverhältnisse, diese infrage stellt, die auch eigene Denktabus überwindet, und die vor allem, und das ist mein letzter Punkt, bündnisfähig nach außen ist.

Und da, lasst mich enden, mit einem Appell: Was wir nicht machen dürfen, was wir uns nicht leisten können, das sind die alten Spielchen: Nach dem Motto: Rufst du zu meiner Demo nicht auf, ruf ich zu deiner Demo nicht auf.

Ich sitze hier als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und ich rufe heute hier, wie ich das seit Wochen auch in meinen Gewerkschaftsveranstaltungen mache, alle Kolleginnen und Kollegen auf, beteiligt euch am 28. März an dieser Demonstration, die muss groß und mächtig und beeindruckend werden.

Und ich füge hinzu: In eure Richtung, beteiligt ihr euch an dem europäischen Aktionstag der europäischen Gewerkschaften am 16. Mai in Berlin. Auch die muss groß und mächtig und beeindruckend werden.

Und deswegen Schlusssatz: Wir brauchen am 28. März eine große mächtige Demonstration, wir brauchen sie am 16. Mai und wir brauchen noch viel, viel mehr darüber hinaus, wenn wir das hinkriegen wollen, was ich gerne nenne eine Mosaiklinke. Eine Mosaiklinke ist ein künstliches Produkt, das ein ungeheuer schönes Produkt ist, das aber erkennbar ist, das es besteht aus einzelnen Bausteinen, die auch einzelne Bausteine bleiben. Das aber seine richtige Schönheit und Kraft nur gemeinsam als gemeinsames Kunstwerk (unverständlich). Ich glaube diese Mosaiklinke, das ist die Herausforderung, vor der wir jetzt stehen. Ich tu in den Gewerkschaften dass, das wir darauf zu gehen und ich hoffe, die anderen tun das auch".



„DER STAAT ALS RETTER“

Das Podium war prominent besetzt: Joachim Bischoff, Herausgeber der Hamburger Zeitschrift „Sozialismus“ und Abgeordneter der Fraktion „Die Linke“ in der Hamburgischen Bürgerschaft, Dr. Wilfried Stadler, Generaldirektor der Investkredit Bank AG und vormaliger ÖVP-Kassier und Dr. Helene Schubert von der Österreichischen Nationalbank und von 2007 bis 2008 wirtschaftspolitische Beraterin des ehemaligen Bundeskanzlers Gusenbauer.

JOACHIM BISCHOFF,

der eigens wegen dieser Veranstaltung aus Hamburg angereist war, stellte in seinem Eingangsstatement eindeutig klar, dass die Krise mehrere Ursachen hat: zum einen der langfristige Trend zu einem immer geringeren Wirtschaftswachstum, die dramatische Zunahme des Finanzkapitals im Vergleich zum sogenannten Realkapital, sowie die Finanzinnovationen (in der Form von Asset-Backed-Securities), die das Finanzkapital massiv aufblähten.

Die Finanzmarktkrise 2007 bis 2009 sei die größte Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren des letzten Jahrhunderts. Ausgelöst durch das Platzen der sogenannten Sub Prime Markets, verbreitete sich die Krise über die Finanzmarktinnovationen weltweit.

Der 15. September 2008 markierte mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers einen weiteren historischen schwarzen Montag.

**Die Diskussionsveranstaltung der AUGÉ/UG über die Finanzmarktkrise fand am 12. März im Grossen Saal des Bildungszentrums der Arbeiterkammer Wien statt.
Von Fritz Schiller.**

Die Folge war der Zusammenbruch des Interbankenmarktes und der Kreditversorgung an die sogenannte Realwirtschaft. Bischoff war der festen Überzeugung, dass die Bankenrettungspakete sowie die Konjunkturprogramme absolut unerlässlich seien. Ohne diese Maßnahmen würde es einen dramatischen Einbruch der Beschäftigtenzahlen geben. Das müsse verhindert werden. Er meinte auch, dass die Banken letztlich verstaatlicht werden müssten, da sie aus eigener Kraft die Krise nicht bewältigen könnten.

WILFRIED STADLER

stellte fest, dass er trotz dieser Krise, nach wie vor ein überzeugter Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft sei. Sie sei imstande, mit Hilfe des Staates, diese Krise zu bewältigen. Der Staat müsse seine Aufgaben im Sinne des Ordoliberalismus eines Eucken oder Erhard wieder aktiv übernehmen. Es wäre zum Beispiel absolut notwendig, die krisenverstärkenden Vorschriften

von Basel II, bei der das angelsächsische Tageswertprinzip die Regeln des strengsten Niederwertprinzips des HGBs abgelöst haben, rückgängig zu machen. Ebenso seien die Ratingagenturen deutlich stärker zu kontrollieren.

HELENE SCHUBERTH

betonte, dass vielen Politikern die Größe beziehungsweise die Tragweite der Krise noch nicht bewusst geworden sei. Es sei absolut unverständlich, wie so in Europa die Konjunkturpakete, die besser Katastrophenvermeidungspakete genannt werden sollten, nur so gering ausgefallen sind. Konjunkturpakete in der Größenordnung von knapp einem Prozent, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, können nur sehr beschränkte Wirkung erzeugen. Die europäische Politik solle sich ein Beispiel an den Paketen in China oder den USA nehmen. In China zum Beispiel würden sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes dafür aufgewendet werden.

In der anschließenden Diskussion hatten die neunzig Anwesenden reichlich Gelegenheit ihre Statements abzugeben bzw. Fragen zu stellen.

Die AUGÉ/UG wird diese interessante Diskussion mit dem hochkarätig besetzten Podium zum Anlass nehmen, um auch in Zukunft aktuelle Themen in größerem Rahmen zu diskutieren.

Alternativen zum Kapitalismus:

SOLIDARISCH WIRTSCHAFTEN IST MÖGLICH

Etwa 800 Menschen beschäftigten sich in über 100 Workshops mit verschiedenen Aspekten und Ansatzpunkten für ein „anderes Wirtschaften“, welches nicht Leistungsdruck und Gewinnmaximierung, sondern die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Entstanden ist der Kongress in einem offenen, partizipativen Prozess. Organisiert wurde er von Personen aus den verschiedenen sozialen Bewegungen.

In Zeiten der Wirtschaftskrise, die nun die negativen Auswirkungen unseres Wirtschaftssystems für alle deutlich sichtbar macht, ist die Frage nach Alternativen umso drängender geworden. Unzählige Projekte – von alternativen Wohnformen über Food-Kooperativen und Regionalwirtschaftsprojekte bis hin zu selbstverwalteten Betrieben – versuchen, zumindest in kleinem Rahmen die Welt sozialer und ressourcenschonender zu gestalten. In solidarischen Wohnprojekten beispielsweise geht es um gemeinsame Infrastruktur, Unterstützung sozial benachteiligter und älterer Menschen, um Nachbarschaftspflege und Nachbarschaftshilfe. Energiekooperativen wiederum sollen die Mitglieder kostengünstig und sicher mit Energie versorgen, kleine, selbstverwaltete Cafés oder Läden geben Erwerbslosen eine Existenzsicherung, Open Source-Computerprogramme und -plattformen stellen das Wissen und die Arbeit von tausenden unentgeltlich tätigen Menschen ebenso unentgeltlich zur Verfügung – bekanntestes Beispiel: Wikipedia, die elektronische Gratis-Enzyklopädie.

Seit den Wirtschaftskrisen der 1990er-Jahre gibt es in Mittel- und Südamerika kooperatives Wirtschaften in den verschiedensten Formen. In Brasilien gibt es sogar ein eigenes Staatssekretariat für solidarische Ökonomie. Es ist dem brasilianischen Arbeitsministerium angegliedert und unterstützt die über zwanzigtausend Initiativen der Solidarökonomie im Land. Dazu gehören von ArbeiterInnen verwaltete

Auf dem „Solidarischen Ökonomie-Kongress“ im vergangenen Feber wurde der Beweis angetreten: Ein anderes Wirtschaften ist nicht nur denkbar, sondern wird zum Teil auch schon praktiziert. Ist das der Weg aus der Krise?

Von Klaudia Paiha.



„Ein demokratisches Wirtschaften ist möglich“: Diese Botschaft sollte auch einmal bei den Gewerkschaften ankommen

Fabriken ebenso, wie Produktionskooperativen und alternative Bankensysteme, die Regionalwährungen herausgeben und als eine Art „Volksparkasse“ vor allem auch ärmere Menschen bei ihrer Existenzsicherung unterstützen. Im Forum für Solidarische Ökonomie sind außerdem achtzig Städte und die öffentlichen Verwaltungen von sechs Staaten organisiert.

Das Genossenschaftennetzwerk Mondragon im spanischen Baskenland mit mehr als hunderttausend Beschäftigten ist ein ebenso deutlicher Beweis dafür, dass ein anderes Wirtschaften

nach anderen Grundsätzen möglich ist. Dort werden nicht nur die Vorgesetzten gewählt, sondern auch von den Beschäftigten bestimmt, was mit dem erwirtschafteten Geld geschehen soll. So entstand ein ganzes Netzwerk partizipativ organisierter Kooperativen, von Produktion über Handel bis hin zu Universitäten und Banken. Die Prinzipien, nach welchen sie handeln, sind: demokratische Organisationsstrukturen, Teilnahme am Unternehmensmanagement, Einkommenssolidarität und untergeordneter Charakter des Kapitals. Nach außen wollen sie Kooperation und sozialen Wandel.

„Solidarisches Wirtschaften soll den Weg in eine neue Gesellschaft weisen“, meinte Mauricio Sardá de Faria, Koordinator im brasilianischen Staatssekretariat für solidarische Ökonomie in einem Vortrag. Dafür muss in unseren Breitengraden aber noch einiges getan werden: bestehende Initiativen müssen

vernetzt und neue gefördert werden. Und: es muss überall getrommelt werden: ein anderes, ein demokratisches Wirtschaften ist möglich. Nicht zuletzt sollte diese Botschaft auch einmal bei den Gewerkschaften ankommen und von ihnen weitergetragen werden ...

Weitere Informationen:
– solidarische-oekonomie.at
– Mondragon: www.mcc.es/ale/index.asp

SIND WIR FERTIG?

36

Projektgruppen wurden beim letzten Kongress geplant, der ÖGB sollte neu werden. Ein Teil der Gruppen startete, ein Teil wurde auf später verschoben. Es liess sich aktiv an, eine kurze Weile. Dann gab es Stillstand.

Die Koalition platzte, es gab Neuwahlen. Regierungsverhandlungen wurden geführt und eine neue Regierung gebildet. Grund genug für den ÖGB, die Reformsitzungen zu verschieben. Über ein halbes Jahr lang. Dann gab es endlich die Klausur, Ergebnisse wurden vorgestellt und die weitere Planung besprochen. Tja, da war es dann so ziemlich erledigt. Ein Teil der ursprünglich geplanten Reformen wurde als „nicht machbar“ auf die Tafel „Nein“ verfrachtet, ein anderer Teil auf später verschoben. Wobei klar war, dass später in diesem Fall wirklich später heisst. Also irgendwann vielleicht. Was ist da passiert?

Führungsstil

Dieses Thema wurde in einer Arbeitsgruppe echt angesprochen, bei der Auswahl der Führungskräfte im ÖGB könnte sich auch wirklich etwas ändern. Da ist jetzt Fachkompetenz samt hearings gefragt, ganz im Sinne einer moderneren Betriebsführung. Das ändert aber nichts an dem Problem, das es im Gewerkschaftsbund ganz einfach gibt. Es zählt nur das, was die Vorsitzenden meinen, und das nicht immer. Nicht einmal die berühmte „zweite Reihe“ kann gültig entscheiden. Durch die Struktur ist weder eine Trennung von Leitung und Führung, von Legislative und Exekutive möglich, noch eine wirkliche Delegation von Aufgaben. Damit

Der Vorstand hat zu Jahresbeginn die ÖGB-Reform reformiert.

Von Lisa Langbein.

sind es nur eine Handvoll Menschen, die da an der Reform arbeiten sollten. Und da ist wirklich viel, das muss zugegeben werden.

Parteiabhängigkeit

Unabhängige Gewerkschaftsarbeit ist im ÖGB höchstens eine gelegentliche Absichtserklärung. In Wirklichkeit ist die Verquickung von Parteiarbeit und Arbeit für den ÖGB so dicht wie eh und je. Fraktion und Verein sind eins – oder so. Damit ist Koalitionskrise, Wahlkampf und Regierungsbildung tatsächlich eine Zeit der Überforderung für die KollegInnen der Parteifractionen. Und die Nationalratsabgeordneten, die auch in führenden Positionen den ÖGB leiten sollen, sind nicht wenige. Kein Wunder, wenn die Zeit für sie auch zwischen den Wahlkämpfen knapp wird. Da ist die eigene Gewerkschaft, da ist der Gewerkschaftsbund und dazu das Mandat – wie soll das schon rein technisch gehen? Zumal es noch dazu die Sitzungen meist doppelt gibt, als Fraktion und dann die „richtige“, in der das Beschlossene beschlossen werden soll.

Struktur

Der Gewerkschaftsbund ist der Zusammenschluss der Einzelgewerkschaften. Quasi ein Dach, wie die UG für die Säulen der Unabhängigen GewerkschafterInnen. Und die Gewerkschaften haben glücklicherweise ein lebhaftes Eigenleben und werden unglücklicherweise ebenso kaiserreichähnlich geführt wie der ÖGB. Was die Gewerkschaften nicht wollen, kann der ÖGB nicht tun. Ein lange währendes labiles Gleichgewicht mit veränderlichen Gewichten. Zur Zeit gehen die Gewichte in Richtung Gewerkschaften, würde ich sagen. Die Finanzvereinbarungen, die ein immer geringeres ÖGB-Budget ausweisen,

sind da wohl ein untrügliches Zeichen, und wirklich nicht das einzige.

Beharrungsverhalten

Wie oft hab ich gehört, dass es schon so viel besser geworden sei, im Vorstand es ÖGB. Und immer frage ich mich dann, wie es denn vorher gewesen sein soll? Da gibt es einstimmige Beschlüsse, die von den Gewerkschaften (die gar nicht dagegen argumentiert oder gestimmt haben) nicht durchgeführt werden. Und das ist nicht einmal sehr selten. Da gibt es immer wieder Diskussionen, bei denen für nicht Eingeweihte das Gefühl aufkommt, dass eigentlich über etwas anders gesprochen wird. Da überwiegen die finanziellen Entscheidungen und es bleibt kaum Raum für inhaltlichen Meinungsaustausch.

„Die Mitgliederzahlen haben sich wieder eingependelt, der Skandal ist vorbei. Die Krise fordert jetzt ganz andere Schwerpunkte. Im Aufruhr der Gefühle war eine aufwendige Reform des Gewerkschaftsbundes wohl eine richtige Forderung damals, aber jetzt ist das überholt.“ So lässt sich zusammenfassen, was ich immer wieder gehört habe.

Der neue Präsident hat seinen eigenen Stil. Es ist nicht seine Art, die Dinge lang zu verschweigen, was nicht geht, das geht nicht. Und das wird dann auch festgestellt. Und vieles geht eben nicht, unter anderem eine gemeinsame Mitgliederevidenz. Alle Projekte zur Mitgliederbindung und Mitgliederbeteiligung sind auf später verschoben. Es wird ihnen derzeit im Österreichischen Gewerkschaftsbund keine Dringlichkeit zuerkannt.

Resolution: Nach längerer Zeit gab es in der letzten Sitzung des ÖGB-Bundesvorstandes wieder eine Resolution. Es geht um die Antworten auf die derzeitige Krise. Die Resolution wurde lang diskutiert und ist auf oegb.at nachzulesen. Sie ist gar nicht schlecht, viele wesentlichen Punkte sind enthalten. Also wird auch diesmal nicht das Problem sein, das es nicht genug Papier gibt, sondern wie die Umsetzung erfolgt.

Vorankündigung: Der ÖGB-Bundeskongress findet am 1. und 2. Juli 2009 in Wien statt. Vorher gibt es am 30. Juni im Zuge des Fraktionstreffens eine UG-Konferenz samt Generalversammlung in Wien.

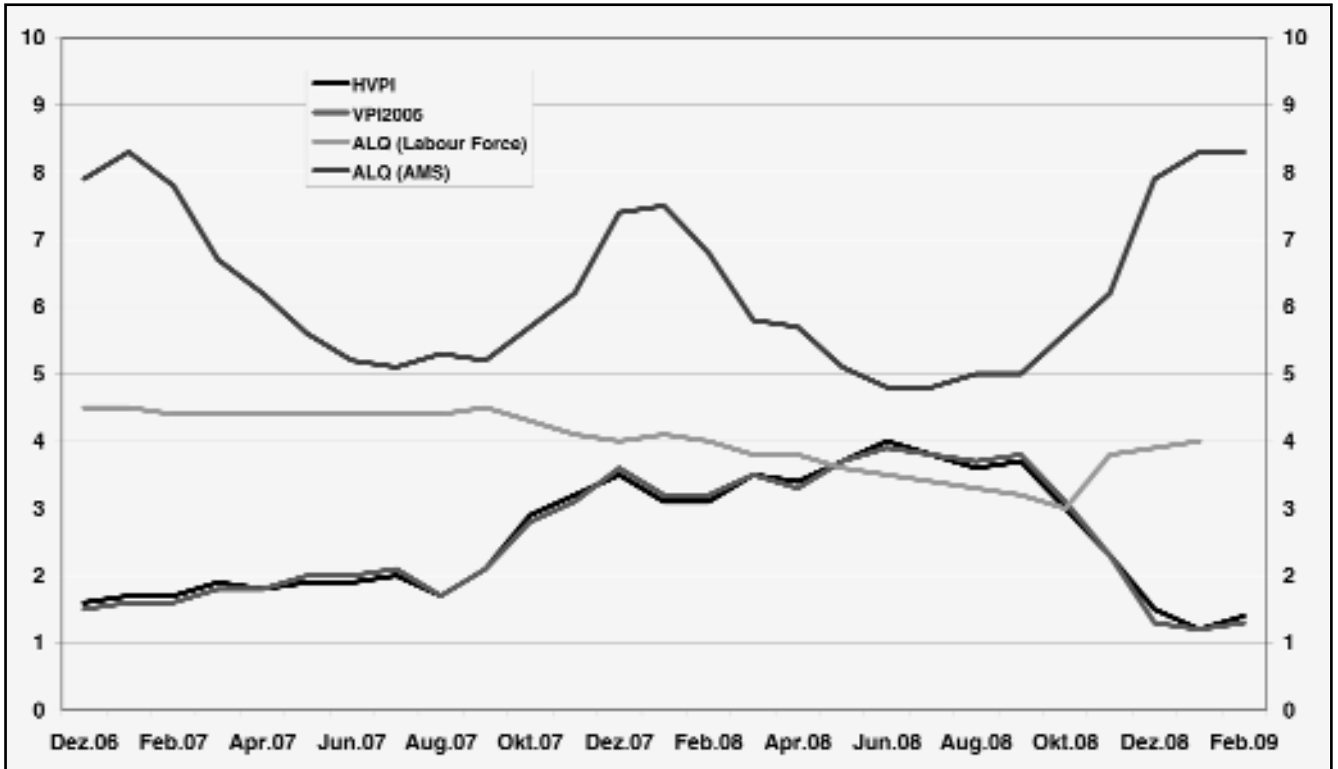


KIV
Kongress
2009

LISA LANGBEIN
IST UG-VORSITZENDE UND
ARBEITET IN DER KIV.

Österreich : Inflationsrate, Arbeitslosenquote

(in Prozent)



	HVPI	VPI2005	ALQ (AMS)	ALQ (Labour Force)
Dezember 2006	1,6	1,5	7,9	4,5
Jänner 2007	1,7	1,6	8,3	4,5
Feber 2007	1,7	1,6	7,8	4,4
März 2007	1,9	1,8	6,7	4,4
April 2007	1,8	1,8	6,2	4,4
Mai 2007	1,9	2,0	5,6	4,4
Juni 2007	1,9	2,0	5,2	4,4
Juli 2007	2,0	2,1	5,1	4,4
August 2007	1,7	1,7	5,3	4,4
September 2007	2,1	2,1	5,2	4,5
Oktober 2007	2,9	2,8	5,7	4,3
November 2007	3,2	3,1	6,2	4,1
Dezember 2007	3,5	3,6	7,4	4,0
Jänner 2008	3,1	3,2	7,5	4,1
Feber 2008	3,1	3,2	6,8	4,0
März 2008	3,5	3,5	5,8	3,8
April 2008	3,4	3,3	5,7	3,8
Mai 2008	3,7	3,7	5,1	3,6
Juni 2008	4,0	3,9	4,8	3,5
Juli 2008	3,8	3,8	4,8	3,4
August 2008	3,6	3,7	5,0	3,3
September 2008	3,7	3,8	5,0	3,2
Oktober 2008	3,0	3,1	5,6	3,0
November 2008	2,3	2,3	6,2	3,8
Dezember 2008	1,5	1,3	7,9	3,9
Jänner 2009	1,2	1,2	8,3	4,0
Feber 2009	1,4	1,3	8,3	

30 Jahre Südwind:

„ENTWICKLUNGSPOLITIK IM EIGENEN LAND“

Es brachte uns auch die erste Welt-Klima-Konferenz, die dritte Regierungsperiode Bruno Kreiskys und die Gründung des Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik (ÖIE) – heute Südwind.

„Entwicklungspolitik im eigenen Land“ lautete die Devise der GründerInnen des ÖIE. Durch Informations- und Bildungsarbeit wollte man Veränderungen im Norden und mehr Gerechtigkeit für den Süden erreichen. „Es war die Spätphase der Kreiskyjahre, und Entwicklungspolitik hatte Konjunktur. Der ÖIE war dabei ein Nervenzentrum mitten in der Stadt“, erinnert sich der ehemalige ÖIE-Zivildienstler und „Falter“-Herausgeber Armin Thurnher.

Heftig diskutiert, vom Rechnungshof als „leistungsfeindlich“ kritisiert waren die Prinzipien „Einheit von Hand- und Kopfarbeit“. Für viele im ÖIE waren diese Prinzipien motivierend. Es gab trotzdem solche, die sich vor dem Putzen drückten. So wurde die „Einheit von Hand- und Kopfarbeit“ nach einigen Jahren zu Grabe getragen.

VON DER JUTE ÜBER SAUBERE KLEIDUNG ZU FAIREN PCS

Im Laufe der Jahre entstand eine breite Palette an gefragten Workshops für Schulen, interaktiven Ausstellungen sowie zahlreiche Kampagnen. Einige sind besonders in Erinnerung geblieben: „Jute statt Plastik“ (1979), „Hunger ist kein Schicksal“ (1980), „Stimmen für den Regenwald“ (1992).

Eine der erfolgreichsten Kampagnen ist die 2001 gegründete „Clean-Clothes Kampagne“ für faire Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie. Denn Minimal-Löhne sichern in der arbeitsintensiven Textilproduktion maximalen Gewinn. Ob T-Shirt, Auto oder Huhn, die Fertigung dieser Produkte wird heute zumeist in Zulieferbetrieben quer über den Globus organisiert. Dabei hantieren ArbeiterInnen mit giftigen Stoffen, machen

1979 war nicht nur das Jahr der Wahl Margaret Thatchers zur britischen Premierministerin, der Vertreibung des persischen Schahs und den Erfolg der sandinistischen Revolution in Nicaragua.



180 Überstunden im Monat, schufteten in Schichten von 11 bis 13 Stunden, sechs bis sieben Tage pro Woche. „Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf faire und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert“, heißt es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948. Ein Recht, für das Südwind heute in zahlreichen Kampagnen und Projekten eintritt.

SÜDWIND TRITT AUF

Ende der 1990er Jahre wurde der ÖIE in Südwind umbenannt. Die Anliegen sind gleich geblieben. Neu ist Aktionismus im Süden. In Ecuador besetzte etwa ein Team von Südwind gemeinsam mit ArbeiterInnen die Straßen zum Flughafen von Quito – aus Protest gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen in der Blumenexportindustrie.

AKTIV MIT SÜDWIND

Die rund 1500 Mitglieder sind die Basis für die Arbeit von Südwind. 30 MitarbeiterInnen in ganz Österreich organisieren Aktionen und Ausstellungen, halten Workshops und Vorträge und schreiben für Magazine und Broschüren. Das Budget kommt aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden sowie öffentlichen Projekten. „Die Herausforderungen sind groß. Wirtschaftskrise, Klimaerwärmung, Hungersnöte zeigen, wir brauchen soziale, ökologische und ethische Regeln in der Globalisierung“, erläutert Geschäftsführer Helmut Adam. So bemüht sich Südwind intensiv, mit Büchern, Kampagnen und Seminaren über die komplexen Zusammenhänge

der Globalisierung aufzuklären. Gleichzeitig bietet die Organisation aber Möglichkeiten, selbst aktiv zu werden. „Die Menschen“, sagt Adam, „wollen eine neue demokratische Weltordnung. Das zeigt der Zuspruch, den unsere Kampagnen und AktivistInnen-Workshops derzeit erleben.“

Am 9. Mai 2009, 14 bis 17.30 Uhr, im Albert-Schweitzer Haus, diskutiert Südwind mit Gästen wie dem alternativen Nobelpreisträger und bekannten Globalisierungskritiker Walden Bello, über zukünftige Strategien und Vergangenheit. Info und Anmeldung unter: www.suedwind.at/30Jahre

Der Skandal um die veruntreuten Millionen der Arbeitslosenversicherung.

Ein Bericht von Karl Öllinger.

ALLES BESTENS IN DER REPUBLIK?

Millionen an Arbeitslosenversicherungsgeldern werden in betrügerischer Absicht auf fremde Konten umgeleitet und niemandem ist was aufgefallen! Ein Spitzenbeamter der Buchhaltungsagentur stellt ausserdem zahlreiche Bestätigungen mit dem Stempel der Agentur und seiner Unterschrift aus, in denen versichert wird, dass das Schulungsinstitut Venetia „offene, unstrittige“ Forderungen in der Höhe von (hier werden beliebige Beträge angeführt) gegenüber dem Arbeitsmarktservice (AMS) habe. Und? Die Papiere werden gekauft, gehandelt, veräussert oder dienen schlicht als Beweis dafür, dass die Gelder, die sich der Geschäftsführer von Venetia, Kurt D. ausleiht und mit Wucherzinsen zurückzahlen verspricht, tatsächlich eine werthaltige Bedeckung haben: das AMS bzw. die Republik (denn die muss wahrscheinlich wirklich zahlen). Was ist los in dieser Republik? Im kleinen wird da gezockt, gewuchert und spekuliert so wie es im grossen in den letzten Monaten quer über den Globus auch gelaufen ist.

EIN KONTOAUSZUG

Im November 2008 erhalte ich einen Kontoauszug, auf dem eine Zahlung des AMS in der Höhe von 1155 Millionen Euro an das Institut Venetia mit dem Betreff „Teilzahlung nationale Mittel“ dokumentiert ist. Es braucht nicht viel Recherche, um herauszufinden, dass das nicht stimmen kann. Zum einen, weil bei EU-Förderprojekten nationale Anteile nicht getrennt überwiesen werden, zum anderen, weil Venetia im November 2008 schon ein Jahr klinisch tot ist. Das AMS konnte

auf das Konto auch kein Geld überweisen, weil das Konto kein offizielles Firmenkonto war, sondern ein heimliches, das Kurt D. eröffnet hatte, weil das offizielle Firmenkonto mit der Zession einer Bank belastet war. Die Beschäftigten von Venetia warteten zu diesem Zeitpunkt schon mehr als ein Jahr auf die Ausständigen Honorare und Löhne.

Begonnen hat es nämlich 2007! Mit Engelszungen hatte Kurt D., der Geschäftsführer und Inhaber von Venetia, seine MitarbeiterInnen immer wieder beruhigt, wenn sie ab Sommer 2007 ihre Gelder einforderten. Einmal war es eine Krankheit, das andere Mal das unzuverlässige AMS oder ein anderer Geschäftspartner, die verhinderten, dass die ausständigen Gelder auf den Konten einlangten. Und niemand war untröstlicher als Kurt D. selbst! Entschuldigungen, Treueschwüre, Danksagungen und Zuschläge für die aufgebrauchte Geduld – versprochen und immer wieder gebrochen.

Im Dezember 2007 reichte es einigen TrainerInnen: Sie organisierten ein Treffen mit mir und erzählten ... Bis zu 20.000 Euro schuldete Kurt D. beziehungsweise sein Institut damals einzelnen TrainerInnen.

Das AMS hatte zu diesem Zeitpunkt schon die Kurse bei Venetia gestoppt und sie an andere Kursträger weitergeleitet. Auch die TrainerInnen von Venetia wurden weitervermittelt – darunter einige zu BCP / All Professions, wo man sie ein zweites Mal um ihre Honorare prellte. BCP ging im Sommer 2008 in Konkurs und blieb seinen TrainerInnen die Honorare für mehrere Monate schuldig. Doch das ist eine andere Geschichte.

EINE ANZEIGE

Im Februar 2008 erstatte ich in Sachen Venetia / Kurt D. eine gut dokumentierte Sachverhaltsdarstellung wegen des Verdachtes auf Betrug, Sozialbetrug, betrügerische Krida und grobfahrlässige Beeinträchtigung von Gläubigerinteressen. Einige Medien berichten – Kurt D. wird nervös und zahlt in den folgenden Wochen einen Teil der ausständigen Honorare.

Niemand ahnt zu diesem Zeitpunkt, dass er zu diesem Zeitpunkt mithilfe seines Kompagnons bei der Buchhaltungsagentur, Wolfgang W. schon längst eine Geldmaschine angezapft hat: die Republik Österreich!

EINE AUSGLIEDERUNG

Die Buchhaltungsagentur wickelt im Auftrag des Bundes alle Zahlungsvorgänge ab. Rund 1,5 Millionen Ein- und Auszahlungen werden im Jahr für die Beteiligten (Ministerien, nachgeordnete Dienststellen und das AMS) durchgeführt, wie der Rechnungshof in seinem Prüfbericht penibel feststellt. Mit einem bombensicheren Buchungssystem, bei dem Betrug ausgeschlossen werden kann, wie der Bund glaubte. Der Rechnungshof, der im Jahr 2008 die Agentur prüfte, war da anderer Meinung. Er fand Schwachstellen, die dringend repariert werden müssten. Die Agentur und das zuständige Finanzministerium waren anderer Meinung. Selbst als der Skandal um die veruntreuten Millionen im Februar 2009 aufgefliegen war, versuchte man zunächst noch abzuwiegeln: kein Problem mit dem System!

Und: das Ministerium habe mit dem Skandal in der Buchhaltungsagentur nichts zu tun, denn die Agentur sei eine selbständige und ausgegliederte Behörde. Ach ja?

2003 musste der smarteste Finanzminister aller Zeiten (SMAFAZ) einmal mehr seinem Drang folgen, auszugliedern. Vieles war schon ausgegliedert worden – ohne Konzept, ohne Plan, wie der Rechnungshof, die AK und die Grünen immer wieder kritisierten. 2003 war die Buchhaltung der Ministerien dran. Die wurde zu diesem Zeitpunkt zwar schon zum Grossteil und unspektakulär vom Finanzministerium erledigt, aber mit einer eigenen Agentur, die der Weisung des Ministers untersteht, da lässt sich der Ruhm, die Macht und der Einfluss des SMAFAZ mehren. Ein Mitarbeiter, der mittlerweile Geschäftsführer der Agentur geworden ist, durfte die Ausgliederung vorbereiten, Beratungsfirmen wurden für die Ausgliederung organisiert und selbst die Geschäftsführung wurde von Beratern ausgesucht. Streng objektiv nach dem Willen des SMAFAZ und vor allem nach den Kriterien der Sparsamkeit und Zweckmässigkeit, koste es, was es wolle! Und rasch sollte es vor allem gehen!

Das Parlament winkte den Entwurf nach kurzer Debatte durch, die Opposition (damals Grüne und SPÖ) protestierte, für die Medien war die Buchhaltung des Bundes fast ein Nullthema.

Kontrolle und Aufsicht über eine der sensibelsten Schnittstellen im Zahlungsverkehr der Republik waren damals keine Debatte wert. Ein schwerer Fehler, wie sich 5 Jahre nach der Gründung der Agentur im Jahr 2004 herausstellen sollte.

EINE KLEINE MALVERSATION

Begonnen hatte es nämlich schon im Jahr 2005 mit den Malversationen. Damals wies die Buchhaltungsagentur 450.604 Euro namens des AMS an das Institut Venetia an, ohne Bedeckung und Auftrag. Die Summe fiel offensichtlich nicht auf. 2007 wurde ein Betrag in gleicher Höhe von einer merkwürdigen Schweizer Firma auf ein Konto des AMS verbucht. Alles paletti?

Keineswegs! Im Jänner 2008 überweist die Agentur 500.000 Euro auf das Konto eines alten Society-Löwen –

angeblich im Auftrag des AMS. Das AMS erfährt erst Ende 2008 davon. Steuerfahnder melden sich beim AMS, weil im Zusammenhang mit der „Liechtenstein-CD“ (in der Liechtenstein-Steuerflüchtlinge aus Deutschland und auch Österreich verzeichnet sind) die Konten des Society-Löwen geöffnet wurden und dabei eine Zahlung des AMS entdeckt wurde. Die Steuerfahndung (ihr sei hier gedankt!) stellte sich die Frage, warum erhält ein Society-Löwe 500.000 Euro vom AMS?

Das AMS war beunruhigt und erstattete Meldung an seine Aufsichtsbehörde, damals das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit des Herrn Barstenstein. Dort griff man beherzt zum Telefon und rief den Hrn. Wolfgang W. in der Buchhaltungsagentur an: Ist alles in Ordnung? Alles in Ordnung, war die Antwort von Hrn. Wolfgang W., der zu diesem Zeitpunkt schon 16,5 Millionen Euro von den Konten der Republik abgezweigt und zahlreiche Bestätigungen über „offene, unstrittige“ Forderungen von Venetia gegenüber der Republik in Umlauf gebracht hatte.

SCHNITT. UNTERBRECHUNG!

Die detaillierte Darstellung einiger Abläufe soll nicht die Analyse ersparen und auch nicht die Konsequenzen, die zu ziehen wären.

Wissen wir schon alles? Sicher nicht! Da wäre noch zu berichten von dem kometenhaften Aufstieg des Schulungsinstituts Venetia in den 90er Jahren. Alle mit der Szene Vertrauten wissen, dass es, jedenfalls damals, nur möglich war, ganz vorne mitzuspielen, wenn das Wohlwollen der SPÖ gesichert war. Venetia war ganz vorne! Das Schulungsinstitut, das fast ausschliesslich im Auftrag des AMS tätig war, boomte und war einer der gefragtesten Massnahmenträger des AMS Wien.

Die Ausschreibung der Kurse (Vergabegesetz) brachte Druck in das System. Die Kursträger wurden dem Wettbewerb unterstellt und unterboten sich gegenseitig. Kurt D. hat, so wie die meisten anderen, den Druck bewältigt: er gab ihn weiter an die TrainerInnen. Aus Angestellten wurden freie DienstnehmerInnen oder Selbständige. Im Trainingsbusiness sind auch Leute tätig, die am Vormittag selbst einen vom AMS verordneten Kurs besuchen und

am Nachmittag andere Arbeitslose als geringfügig Beschäftigte unterrichten.

Warum Kurt D. trotz günstiger Ertragslage zockte und sich auf wilde Spekulationsgeschäfte einliess, wer weiss es? Interessant ist jedenfalls, dass seine Versprechen von hoher Rendite viele anlockten: Anwälte, Ärzte, Industrielle genauso wie den Trafikanten um die Ecke.

Wie viele Bestätigungen in Umlauf gebracht wurden, welche Summen auf ihnen mit dem Stempel der Agentur und der Unterschrift des „Bereichsleiters“ Wolfgang W. garantiert wurden, das weiss derzeit vielleicht die Finanzprokurator und die Staatsanwaltschaft. Jedenfalls waren es etliche, sodass zu den 16,5 Millionen Euro, die von den Konten der Arbeitslosenversicherung abgezweigt wurden, noch erhebliche Nebengeräusche kommen könnten.

Die Staatsanwaltschaft untersucht: mittlerweile gibt es 3 Verhaftete und eine Person, die zur Fahndung ausgeschrieben ist. Der Nationalrat hat sich im Februar brav den Antrag der Grünen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses angehört und dann mit den Stimmen der Regierungsparteien beschlossen, die politische Verantwortung und die fehlende Kontrolle nicht untersuchen zu wollen. So schaut eben wirkliche politische Verantwortung bei uns aus! Ein SPÖ-Abgeordneter hat mich vor der Abstimmung auf die Seite genommen und fast schon besorgt gefragt, warum ich da einen Untersuchungsausschuss haben will. Politisch könne man damit ja wohl nur politisch Untoten wie dem SMAFAZ was ans Zeug flicken – das zahle sich doch gar nicht aus. Auf meinen Einwurf, dass es nicht nur in diesem Fall, aber eben auch, um fehlende politische Verantwortung und Kontrolle ginge und er genauso wenig wie ich wisse, wie viele stempelnde Bereichsleiter sonst noch durch die Republik hinweg tätig sind und Gelder mit PINs und TANs auf private Konten verschieben, meinte er: Hast wahrscheinlich recht. Abgestimmt hat er dann doch natürlich für die fehlende Verantwortung.

Geregelte Arbeitszeiten, gerechter Lohn – fast all ihre Rechte
haben die Arbeitnehmer im Arbeitskampf erstritten.
Ohne Streiks wären sie vielleicht noch immer Leibeigene.

GEWERKSCHAFTEN:

ALLE RÄDER STEHEN STILL

Pharao Ramses III., der letzte große Herrscher Ägyptens, hatte viele Beinamen. Zum Beispiel „Kraftvoller Löwe“, „Herr, der die Asiaten gefangen nimmt“ oder „Der, vor dem Furcht herrscht in allen Ländern“. Für eine seiner größten Taten findet sich kein Name. Ein Jahr vor seinem Tod tat er etwas, was noch kein Gottkönig vor ihm je getan hatte: Er erhörte die Wünsche der ägyptischen Handwerker nach besserer Bezahlung – statt ihnen die Ohren und Nasen für ihre Unbotmäßigkeit abschneiden zu lassen.

Mehr noch – er schrieb ihnen eine beispiellose Huldigung, in der es heißt: „Oh, ihr Handwerker, geschickt und stark, ihr vollkommenen Arbeiter, die nicht faul sind, ich habe euren Unterhalt gemacht als einen, der in jeder Beziehung ordentlich ist, damit ihr gern für mich arbeitet, denn ich kenne eure wahrhaft mühselige Arbeit, bei der der Arbeiter nur jubelt, wenn er einen vollen Bauch hat.“

Was war geschehen? Vorausgegangen waren im Jahr 1156 v. Chr. dramatische Wochen, in denen die Handwerker Thebens, die die Totenstätte ihres Herrschers bauten, ihre Arbeit niedergelegt hatten. Sie waren sauer, weil ihre Lebensmittelrationen gekürzt worden waren. Als Protestbriefe nicht fruchteten, versammelten sie sich unter den Augen eines großen Polizeiaufgebots auf der Rückseite des Tempels von Theben, setzten sich auf den Boden und kündigten an, erst wieder zu ge-

hen, wenn die Gerste geliefert sei. Der Pharao gab nach.

Das war der erste erfolgreiche Streik der Menschheitsgeschichte. Wie Herrscher der Antike sonst mit Aufsässigen umzugehen pflegten, zeigen die brutalen Niederschlagungen der Sklavenaufstände im Römischen Reich, allen voran der Gladiatoren-Aufstand des Spartakus. Die Existenz von Millionen Rechtlosen – meist die verschleppte Bevölkerung erobelter Länder – blieb jahrhundertlang Grundlage von Wohlstand und Reichtum in ganz Europa, der Handwerker-Streik von Theben ein Einzelfall.

Und dann kam der „Schwarze Tod“ über Europa. Zu Beginn des 14. Jahrhunderts raffte die Pest Millionen Menschen dahin und entvölkerte ganze Landstriche, mit der Folge, dass ein gravierender Mangel an Arbeitskräften entstand, vor allem in den aufblühenden Handwerken der Städte des deutschen Reiches. Hier hatte sich gerade eine neue gesellschaftliche Kraft neben den Feudalherren gebildet: die Zünfte der Handwerker. Ihre „Leibeigene“ waren die Gesellen. Sie lebten unter einem Dach mit ihren Meistern, unterstanden ihrer Gerichtsbarkeit und Bestrafung, wenn sie gegen die Regeln verstießen. Sie hatten die Löhne und Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, die man ihnen bot, durften nicht heiraten, sich nicht alkoholisiert erwischen lassen, nachts nicht wegbleiben – wenn doch, dann drohte die Knute.

Durch die Pest war plötzlich alles anders. Die Handwerksmeister suchten händeringend Gesellen, mussten zähneknirschend Wünschen nach höherer Bezahlung und besserem Essen nachgeben. Wirklichen Erfolg hatten die Gesellen, als sie nicht mehr einzeln, sondern gemeinsam ihre Forderungen vorbrachten, zunächst zaghaft, dann nachdrücklich. Die Breslauer Gürtlergesellen waren 1329 die Ersten, die die Arbeit niederlegten, gefolgt von den Weberknechten in Speyer. Sie versammelten sich vor den Toren der Stadt und blieben dort, bis ihre Meister nachgaben und dem Stadtrat mitteilten, dass sie „lieblich, freundlich und gütlich geschlichtet haben, um allen Schaden, den jemand wegen des weglaufens gehabt hat, ewiglich versöhnt und eines lohnes übereingekommen, den wir und all unsere nachkommen ewiglich geben wollen, und die weberknechte, die nun hier sind und je herkommen, ewiglich annehmen sollen“.

Die Gesellen-Gilden erwiesen sich bei der Durchführung von Arbeitskampf-Maßnahmen den Zünften der Meister überlegen. Und daran hatten die Meister zum großen Teil selbst Schuld: Sie hatten den Gesellen die „Wanderschaft“ aufgezwungen. Eine landesweite Vernetzung der Gesellen war die Folge: Sie transportieren bei ihren Wanderungen „Laufbriefe“ von einer Herberge zur nächsten, sodass innerhalb weniger Tage die Gilden des ganzen Landes informiert waren, wenn

irgendwo ein Arbeitskampf in der Luft lag, ein Boykott oder die finanzielle Unterstützung einer befreundeten Gilde nötig waren. Der Verdienstaussfall wurde aus den Gilde-Büchsen beglichen, in die jeder 0,8 Prozent seines Lohnes einzahlte – etwa so viel wie heute noch die Gewerkschaftsbeiträge.

Aber es ging bei den Arbeitskämpfen nicht immer nur ums Geld. Man stritt zum Beispiel um das Recht, auch ohne Meistertitel heiraten zu können, oder

Maschinen gelegentlich Hunger verspürten. Die Hungerrevolten der Jahre 1846/47 und der Weberaufstand 1844 waren nicht nur Auslöser der deutschen Revolution von 1848, sondern auch der Beginn eines Machtkampfes, der erst 1933 ein abruptes vorläufiges Ende finden sollte. Ein Kampf, der etwas völlig Neues brachte: massenhafte Arbeiterzusammenschlüsse. 1865 wurde die erste deutsche Gewerkschaft gegründet (Allgemeiner

der Arbeiter waren Kinder, in den Spinnereien Preußens arbeiteten Vierjährige zwölf Stunden täglich, 1835 wurde jedes dritte Kind nicht älter als fünf Jahre. 1839 erließ die preußische Verwaltung immerhin eine Verordnung, der zufolge Kinder in Bergwerken nur beschäftigt werden durften, „wenn sie das reife Alter von neun Jahren erreicht haben“.

Mitte des 19. Jahrhunderts lebte jeder Zweite unterhalb der Armutsgrenze. Der anderen Hälfte der Bevölkerung waren die Bettler und Obdachlosen ein lästiger Stachel im Fleisch; Arbeitslose wurden als Unruhestifter und Störer der öffentlichen Ordnung empfunden, als Pöbel, der die Straßen unsicher machte. Aber die Bewegung wuchs, am großen Ruhrbergarbeiterstreik 1889 beteiligten sich 100.000 Bergarbeiter. Am 12. Mai 1889 räumte Kanzler Bismarck in einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums ein, er gönne den Arbeitern die Verbesserung sehr wohl, aber er wünsche nicht, „das Beispiel zu geben, zu sehen, dass sie dieselbe auf dem Wege der Arbeitseinstellung rasch und leicht erreichen“.

Bis zur Abdankung des Kaisers gibt es in Deutschland kein Streikrecht, die Sozialdemokraten sind durch das „Sozialistengesetz“ von 1878 verboten, die Gewerkschaften, die 1913 drei Millionen Mitglieder erreichten, werden nicht als legitime Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt. Erst das Ende des Kaiserreichs ermöglicht die Erfüllung ihrer wichtigsten Forderungen, am 15. November 1918 wird der Grundstein des Sozialstaats gelegt: Der Acht-Stunden-Tag wird Gesetz, das Recht auf Gewerkschaften und Streik anerkannt. Und die Sozialdemokraten stellen den Ministerpräsidenten der neuen Regierung.

Aus: PM – Welt des Wissens



darum, abends nach Hause kommen zu dürfen, wann man wollte. Und man kämpfte um gesellschaftliche Anerkennung. Berühmt wurde der zehn Jahre andauernde Streik der Bäckergehilfen von Colmar, bei dem es darum ging, ob sie weiterhin bei der jährlichen Fronleichnamsprozession der Pfarrkirche St. Martin einen prominenten Platz einnehmen und das Allerheiligste begleiten durften. Alle Bäckergehilfen der umliegenden oberrheinischen Städte hatten sich solidarisiert. Sie setzten sich auf ganzer Linie durch.

Die Bergleute waren die ersten Lohnarbeiter gewesen, sie waren im Gegensatz zu den Wandergesellen ortsansässig und hatten Familien zu ernähren. Andere folgten, die Industrialisierung griff rasch um sich: Gab es 1829 in Preußen 410 Dampfmaschinen, waren es 1849 schon 1444. Menschen wurden bewegliches Kapital der neuen Klasse der „Kapitalisten“ – mit dem Nachteil, dass sie im Gegensatz zu den

Deutscher Zigarrenarbeiter-Verein), zwei Jahre später der Deutsche Buchdrucker-Verband. Und dann ging es Schlag auf Schlag: Gewerkschaften schossen im ganzen Land aus dem Boden, zwischen 1869 und 1874 wurden 1200 „Strike“ (von engl. „strike“) genannte Arbeitskämpfe registriert, bei denen sich die Lager unversöhnlich gegenüberstanden.

Das „Strikefieber“ sei eine Krankheit wie die Cholera, die die deutsche Arbeitsbevölkerung befallen habe und „das gesunde Blut, das bisher dem industriellen Körper gegeben war, vergiftet“, polemisierten die Unternehmer. „Der Strike an und für sich ist verwerflich“, die Forderungen seien nicht nur unzulässig, sondern unmöglich zu erfüllen. Das sahen die Arbeiter gänzlich anders: Hatte die Arbeitszeit Anfang des 19. Jahrhunderts noch zwölf Stunden pro Tag betragen, stieg sie bis Mitte des Jahrhunderts auf 17 Stunden, bei sinkenden Löhnen. Zehn Prozent

Brief einer Volksschullehrerin an
Bundesministerin Schmid:

Sehr geehrte Frau Minister!

Ich bin Volksschullehrerin im 19. Dienstjahr und verdiene rund 1700 Euro monatlich netto. Selten hatte ich als klassenführende Lehrerin eine Wochenarbeitszeit, die das Ausmaß von 45 Stunden unterschritt. Meistens waren es noch sehr viel mehr Arbeitsstunden, vor allem, wenn ich die enormen Korrekturarbeiten der 4.Klasse zu erledigen hatte.

Wir VS-Lehrerinnen haben die höchste Lehrverpflichtung: 22 Stunden. (Warum das so ist, kann ich nicht nachvollziehen. Vermutlich, weil in unserem Berufsstand fast nur Frauen arbeiten und diese weniger vertreten und geringer bewertet werden.)

Ein großer Teil meiner KollegInnen hat chronische Krankheiten oder Burn-Out-Erscheinungen. Eine unengagierte VS-Lehrerin habe ich in meinen 20 Dienstjahren kaum kennen gelernt, mein Ehrenwort!

- Inzwischen integrieren wir in den Volksschulen ehemalige „SonderschülerInnen“, meist ohne unterstützendes Hilfspersonal.
- Zur selben Zeit fördern wir Kinder aus verschiedensten Kulturkreisen mit unterschiedlichen Muttersprachen,
- bekommen irgendwie (und oft können wir selbst nicht sagen, wie uns das gelingt) eine immer größer werdende Anzahl an Kindern mit massiven Verhaltensproblemen und Aggressionen „in Griff“,
- betreuen diese und oft auch deren Eltern psychologisch, ohne dafür ausgebildet und bezahlt zu sein,
- bereiten die gut und hoch begabten Kinder auf den Besuch in der AHS vor
- werden den durchschnittlich begabten Kindern gerecht, damit auch sie nicht durch die große Streubreite an Begabungen und Sonderbedürfnissen zu kurz kommen,
- erstellen Förderpläne für jedes einzelne Kind, aber leider ist kein Personal da, um sie umzusetzen,
- erledigen Sozialarbeit,
- sind oft die Hauptvertrauensperson für verwaarloste und misshandelte Kinder,
- bezahlen unser Arbeitsmaterial aus der eigenen Brieftasche,
- unterstützen nach dem Unterricht etliche Aktionen, Vereine, Anliegen der Gemeinden, etc.,
- halten als einziger mir bekannter Berufsstand durchgehend (!) Aufsicht, ohne mit gutem Gewissen die Toilette aufsuchen zu können und ohne Recht auf Essenspause (das bedeutet zum Beispiel an Vormittagen von 7.30 bis 12.30 Uhr, 50 Minuten unbezahlte Früh- und Pausenaufsicht täglich),

• müssen zu Hause ein Büro einrichten, da in den meisten Volksschulen kein Arbeitsplatz und nur ein (manchmal zwei) Computer für durchschnittlich fünfzehn LehrerInnen zur Verfügung steht.

Die Vorstellung, weitere 2 Stunden (= 4 Stunden, denn diese werden ja auch vor- und nachbereitet) unentgeltlich mehr arbeiten zu sollen, ruft Verzweiflung und tiefe Enttäuschung in mir hervor. Ich fühle mich in meiner Berufsehre, meinem Engagement, meinen jahrelang erbrachten Leistungen unterbewertet und verhöhnt, vor allem auch, da durch Ihre Argumentation alle LehrerInnen in einen (besudelten) Topf geworfen werden und der Polemik und Boulevardpresse auf niedrigstem Niveau ausgeliefert werden.

Uns engagierten LehrerInnen, die eine tragende Säule unserer immer hilfloser werdenden Gesellschaft darstellen, un-solidarisches Verhalten zu unterstellen, anstatt endlich aufzuzeigen, wie wertvoll und professionell die von uns erbrachte Arbeit ist, finde ich schlichtwegs unfair und populistisch.

Ich kann nicht sehen, welche Qualitätssteigerung Sie durch diese Maßnahme erwarten und versprechen. Was ich zuerst sehe ist, dass ab Herbst weitere Arbeitsplätze wegrationalisiert werden, dass die ohnehin schon verzweifelten arbeitslosen JunglehrerInnen noch weniger Perspektive haben und dass, wenn in 5 Jahren der erwartete LehrerInnenmangel eintritt, zu wenig junges kompetentes Personal eingeschult und nachbesetzbar sein wird. Ein Schuss ins eigene Knie!

Ich liebe meinen Beruf, verdiene mir mein Geld redlich und auch hart, bringe meinen KollegInnen und mir selbst stellvertretend für Sie, unsere oberste Vorgesetzte, Respekt und Wertschätzung entgegen und fühle mich durch die von Ihnen angeordnete Maßnahme abgewertet, demotiviert und verraten.

Ich hoffe, eine sachliche und faire Diskussion auf breiter Ebene im großen Feld der verschiedenen Schularten bewirkt,

- dass sich unser Ruf retten lässt,
- dass Arbeitskreise von LehrerInnen, die in den Klassen stehen (anstatt von schulfremden Personen), Reformvorschläge ausarbeiten,
- und dass alle Beteiligten mit dem Gefühl der Korrektheit und Transparenz gemeinsam das längst zu reformierende Schulsystem verändern, optimieren und retten.

Mit hoffnungsvollen Grüßen
VOL Eva Schlemmer

ÖLI/UG stellt Fragen:

Das Unterrichtsbudget ist dank des Entgegenkommens von Finanzminister Pröll gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht worden, ist das nicht genug um begonnene Schulreformen weiter zu führen?"

1. 90 Prozent der Ausgaben des Bildungsressorts sind LehrerInnenpersonalkosten.
2. Es gibt 120.000 LehrerInnen.
3. Die Gehälter ab 1.1.09 sind um 3,55 Prozent gestiegen.
4. Die Mehrzahl der LehrerInnen ist über 50 und in entsprechenden Gehaltsgruppen.
5. Die gesetzlich zugesicherten Biennalsprünge nach jeweils zwei Dienstjahren und die DAZ (Dienstalterszulage nach der 18. Gehaltsstufe) sind entsprechend teuer.
6. Pensionierungen werden erst 2012/13 einsetzen, d.h. wenige Pensionierungen – „teure“ 50+ LehrerInnen werden weiter mehr, „billige“ JunglehrerInnen kommen nur wenige nach.



„Wird mit der Lehrpflichterhöhung um 2 Wochenstunden die Neue Mittelschule (nMS) finanziert?“

1. Jede Schulversuchsklasse braucht 6 zusätzliche LehrerInnenstunden.
2. Für 769 (September 2009) nMS-Klassen reichen $6 \times 769 = 4614$ zusätzliche LehrerInnenstunden
3. 2 Wochenstunden \times 120 000 LehrerInnen würden aber 240.000 zusätzliche LehrerInnenstunden bedeuten.

„Welche internationalen Vergleichszahlen zu Lehrverpflichtung, LehrerInnenbezahlung und Schulverwaltung werden zur Zeit nicht diskutiert?“

1. Die LehrerInnen Finnlands unterrichten 17 Prozent (Grundschule) bzw. 3 Prozent (Sekundarstufe) weniger „in der Klasse“ als ihre österreichischen KollegInnen.
2. Bei den LehrerInnengehältern liegt Österreich nur dann im Spitzenfeld, wenn unsere Endbezüge mit den Durchschnittsgehältern anderer Länder verglichen werden.
3. Bei den Schulverwaltungsausgaben liegt Österreich weltweit an zweiter Stelle! (Einsparungspotential laut Rechnungshof einer Milliarde Euro jährlich!)

„Wieviel soll jede Lehrerin und jeder Lehrer in Zukunft jährlich spenden, damit notwendige Schulreformen durchgeführt werden können und das Budget weiter ohne Vermögens-, Erbschafts- und Spekulationssteuern „im Ruder“ bleibt?“*

1. Bundesministerin Schmedl braucht für die Schulen 381 Millionen Euro mehr als sie von Finanzminister Pröll herausverhandelt hat
2. 120.000 LehrerInnen sollen in Form von 2 Stunden Lehrpflichterhöhung und entsprechenden Gehaltskürzungen einen jährlichen Solidarbeitrag leisten.
3. $381.000.000 \text{ Euro} : 120.000 \text{ Lehrer} = 3175 \text{ Euro (brutto) im Durchschnitt pro Lehrer}$



Presseaussendung nach der ÖLI/UG-Generalsammlung am 28. Feber '09

Streik – aber diesmal in echt

- Keine Arbeitszeiterhöhung! Arbeitsbelastung reduzieren!
- Keine Gehaltskürzung, keine Abwertung von Bildungsarbeit!
- Arbeitsplätze für JunglehrerInnen sichern und ausbauen!

Wir brauchen

- kinder- und menschenfreundliche, weltoffene Schulen
- Schulen als Lern- und Lebensraum ohne Angst und Überbelastung
- mehr Geld für Bildung

ÖLI/UG stellt fest:

- die LehrerInnen haben wie alle SteuerzahlerInnen ihren Solidarbeitrag für die verfehlte Wirtschaftspolitik bezahlt
- das Bankenrettungspaket in Milliardenhöhe ist beschlossen, ein Bildungsrettungspaket lässt auf sich warten.

Die ÖLI/UG fordert von Finanzminister Pröll und Bundeskanzler Faymann die Bereitstellung der notwendigen Budgetmittel für kleinere Klassen, individuelle Förderung, Integration, ganztägige Schulformen und die Reform der Mittelstufe – und selbstverständlich auch die Mittel für die Bezahlung der LehrerInnen.

Die ÖLI/UG erwartet von Ministerin Schmedl die Rücknahme der beabsichtigten 10 Prozentigen Arbeitszeiterhöhung und die Neuverhandlung des Unterrichtsbudgets – oder ihren Rücktritt, wenn der Schule die notwendigen Budgetmittel vorenthalten werden.

LehrerInnen und SchülerInnen brauchen die besten Arbeitsbedingungen. Bildung kostet. Es geht um die Zukunft. Ein Bildungsrettungspaket ist notwendig.

ÖLI/UG fordert von GÖD: STREIK – aber diesmal in ECHT!

Für die ÖLI/UG-Generalsammlung:

- AHS: Ingrid Kalchmair, Reinhart Sellner
- APS: Irmgard Bernhard, Wilfried Mayr
- BMHS: Katharina Bachmann, Josef Gary Fuchsbauer

Wie UNS
Schmied
pröll
Faymann
verschaukeln?

KREIDEKREIS

schau nach in:

oeli-ug.at

Du findest in der
Nummer 2 des Kreidekreis
Informationen zur
aktuellen Budget- und
LehrerInnen-Arbeitszeit-,
Gehaltsdiskussion ...



www.gdg.at

Menschen sind kein Spielzeug!



*Wir Gemeindebediensteten
arbeiten in mehr als
200 Berufsgruppen,
an 365 Tagen,
24 Stunden am Tag,
bei jeder Witterung
für die österreichische
Bevölkerung.
Und so soll es auch bleiben!*

GEWERKSCHAFT DER GEMEINDEBEDIENTETEN

1090 WIEN, MARIA-THERESIEN-STRASSE 11 • 01/313 16/8300 • GDG@GDG.AT